

Der „Wahlzeit!“-Kalender

Gut geplant ist halb gemacht: Hier finden Sie wichtige Termine unseres Projektes „Wahlzeit!“ auf einen Blick. Dazu zählen vor allem die Interviews mit prominenten Politikern, die wir per Webcam live im Internet übertragen. Weitere Termine folgen.

„Die Erstwähler sind nicht die Wahlfreudigsten, das wissen wir. Umso wichtiger, dass man sie für die Wahl zu gewinnen versucht – eine tolle Aktion der RZ.“



Prof. Thorsten Faas vom Institut Politikwissenschaft, Bereich „Empirische Politikforschung“, an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

AUGUST

19	Mo
20	Di 10.00 Uhr K. Göring-Eckardt, Grüne
21	Mi
22	Do
23	Fr 10.30 Uhr A. Nahles, SPD
24	Sa
25	So
26	Mo 10.30 Uhr Daniel Bahr, FDP
27	Di 10.30 Uhr C. Özdemir, Grüne
28	Mi
29	Do 17.00 Uhr Sigmar Gabriel, SPD
30	Fr 10.00 Uhr B. Schlömer, Piraten
31	Sa

SEPTEMBER

1	So
2	Mo
3	Di
4	Mi
5	Do
6	Fr
7	Sa
8	So
9	Mo
10	Di
11	Mi
12	Do
13	Fr 18.30 Uhr J. Wanka, CDU
14	Sa Extra-Journal „Wahlzeit!“
15	So
16	Mo

Unser Spezialangebot: Schüler treffen Promis

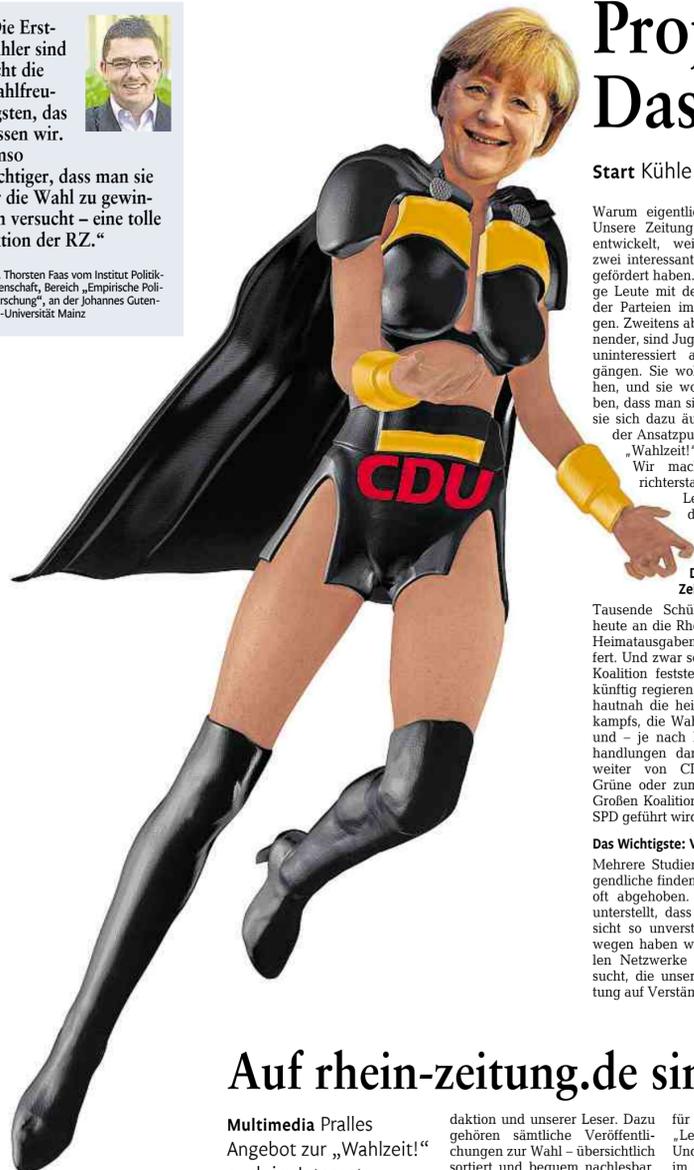
Multimedia Polit-Interviews mit Schülerbeteiligung sind live im Internet zu sehen – Jetzt bewerben!

Für unser Projekt „Wahlzeit!“ haben wir eigens ein besonderes Interview-Format entwickelt: das **Multimedia-Interview mit Schülerbeteiligung**. Schülerinnen und Schüler bekommen die Gelegenheit, ihre Fragen direkt an prominente, bundesweit bekannte Politiker zu stellen. Wir haben zehn Top-Politiker zu Interviews in der Nachrichtenredaktion unserer Zeitung eingeladen – doch neben den Profis der Redaktion haben diesmal auch jeweils zwei Schüler einer Schule die Gelegenheit, als junge Reporter dabei zu sein. Mit ihrer persönlichen Frage im Gepäck, gehören sie zum offiziellen RZ-Interview-Team. Schulen, die dabei sein wollen, können sich per E-Mail an unseren Stellvertretenden Chefredakteur Manfred Ruch wenden – manfred.ruch@rhein-zeitung.net. Bei mehreren Interessenten entscheidet das Los.

Aber auch alle anderen „Wahlzeit!“-Klassen gehen nicht leer aus. Die Interviews werden per **Livestream** im Internet über-

tragen. Die Zeiten werden rechtzeitig bekannt gegeben. Die bereits feststehenden Termine finden Sie im obigen Kalender und natürlich im Internet. **Gleich heute geht es los.** Gegen 10 Uhr wird das Interview mit der **Grünen-Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt** unter rhein-zeitung.de/ zu sehen sein. Mit dabei sind zwei Schülerreporter des Bertha-von-Suttner-Gymnasiums in Andernach (Kreis Mayen-Koblenz). Zusätzlich können sich alle Schülerinnen und Schüler per **Twitter** (**Hashtag #wahlzeit**), auf der **Facebookseite RZWahlzeit** oder auch per E-Mail unter wahlfrage@rhein-zeitung.net mit Fragen an die interviewten Politiker wenden oder über deren Antworten diskutieren. Wir werden jeweils fünf Fragen davon auswählen, die dann ebenfalls live beantwortet werden.

Das Interview gibt es natürlich zum Nachlesen in der Zeitung. Und: Wir zeigen ein Video mit den wichtigsten Passagen auf rhein-zeitung.de. *mr*



Projekt „Wahlzeit!“: Das ist unser Programm

Start Kühle Informationen für heiße Phase

Warum eigentlich die „Wahlzeit!“? Unsere Zeitung hat dieses Projekt entwickelt, weil mehrere Studien zwei interessante Ergebnisse zutage gefördert haben. Erstens können junge Leute mit den üblichen Ritualen der Parteien immer weniger anfangen. Zweitens aber, und das ist spannender, sind Jugendliche keineswegs uninteressiert an politischen Vorgängen. Sie wollen sie aber verstehen, und sie wollen das Gefühl haben, dass man sie ernst nimmt, wenn sie sich dazu äußern. Genau das ist der Ansatzpunkt für unser Projekt „Wahlzeit!“. Unser Motto lautet: „Wir machen eine Wahlberechtigterstattung, die junge Leute verstehen und die junge Leute in die Lage versetzt mitzureden.“

Das Wahlpaket in der Zeitung

Tausende Schüler bekommen von heute an die Rhein-Zeitung und ihre Heimausgaben in die Klasse geliefert. Und zwar so lange, bis die neue Koalition feststeht, die Deutschland künftig regieren wird. So erleben sie hautnah die heiße Phase des Wahlkampfes, die Wahl am 22. September und – je nach Ergebnis – die Verhandlungen darüber, ob das Land weiter von CDU/CSU-FDP, SPD-Grüne oder zum Beispiel von einer Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD geführt wird.

Das Wichtigste: Verständlichkeit

Mehrere Studien belegen: Viele Jugendliche finden die Politikersprache oft abgehoben. Politiker wird gar unterstellt, dass sie oftmals mit Absicht so unverständlich reden. Deswegen haben wir mithilfe der sozialen Netzwerke junge Lektoren gesucht, die unsere Wahlberechtigterstattung auf Verständlichkeit prüfen.

23. August: Rund um die Wahl

Die Ausgabe am Freitag hat es in sich. Dort finden Sie ein dickes Informationspaket zum Start in die Schlussphase des Wahlkampfes. So stellen wir die Spitzenkandidaten vor – im Bund und in Rheinland-Pfalz. Außerdem erfahren Sie, welche Parteien zur Bundestagswahl antreten und wie der Bundestag gewählt wird. Wir erklären die Wahl: Welche Wahlkreise gibt es und wer sind die Kandidaten für die Direktmandate, also jene Kandidaten, die bei einer Mehrheit direkt in den Bundestag einziehen.

Die politischen Inhalte

Jugend und Familie, Bildung und Ausbildung, Arbeit und Soziales: Auf insgesamt zehn Extra-Seiten werden wir in den kommenden Wochen von der Wahl politische Problemfelder beleuchten, die die nächsten Jahre bestimmen werden. Die Bundesinitiative U18-Wahlen hat die jeweilige Haltung der Parteien zu diesen Themen jugendgerecht aufbereitet, dazu haben wir Reportagen vorbereitet über Aspekte, die junge Leute besonders interessieren dürften.

Die Promi-Interviews

Ein wichtiger Baustein sind insgesamt zehn multimedial aufbereitete Interviews mit prominenten Bundespolitikern, an denen immer auch zwei Schülerreporter einer Schule teilnehmen werden. Zugesagt haben bereits Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP), und Bildungsministerin Johanna Wanka (CDU) oder Grünen-Parteichef Cem Özdemir. Die Interviews sind nicht nur in der Zeitung nachzulesen, sondern werden per Livestream auch im Internet übertragen und per Video dokumentiert. Weitere Details dazu finden Sie auf dieser Doppelseite unten links.

den erprobten **Wahl-O-Mat**.

Schüler und natürlich auch Erwachsene können zu 25 politischen Positionen ihre eigene Haltung in den Computer eintragen. Unser Server vergleicht dann die genannten Antworten auf aktuelle politische Fragen mit den Positionen der Parteien – und nennt dann jene Partei, mit der es die meisten Übereinstimmungen gibt.

Dazu bieten wir auch wieder ein Angebot mit **Abgeordnetenwatch**, einer Seite, die Politiker kritisch durchleuchtet. Leser können den Abgeordneten Fragen stellen und nachverfolgen, wie sie auf Fragen anderer re-

agiert haben. Für die Meinungsbildung ist dies besonders hilfreich. Ein Spiel darf auch nicht fehlen. In unserer **Wahlwette** können Leser auf den Ausgang der Bundestagswahl tippen. Gemeinsam mit anderen Tageszeitungen in Deutschland veranstalten wir eine Abstimmung, welche Partei wie viel Prozent der Wähler-er es die meisten Übereinstimmungen bekommt. Aus allen abgegebenen Stimmen ergibt sich ein Durchschnitt der Erwartungen – der nach allen bisherigen Spielen dieser Art erstaunlich genau am Endeergebnis liegt. Schreiben Sie nach auf www.rhein-zeitung.de/btw13. Oder nutzen sie den obigen **QR-Code**. *msc*



agiert haben. Für die Meinungsbildung ist dies besonders hilfreich. Ein Spiel darf auch nicht fehlen. In unserer **Wahlwette** können Leser auf den Ausgang der Bundestagswahl tippen. Gemeinsam mit anderen Tageszeitungen in Deutschland veranstalten wir eine Abstimmung, welche Partei wie viel Prozent der Wähler-er es die meisten Übereinstimmungen bekommt. Aus allen abgegebenen Stimmen ergibt sich ein Durchschnitt der Erwartungen – der nach allen bisherigen Spielen dieser Art erstaunlich genau am Endeergebnis liegt. Schreiben Sie nach auf www.rhein-zeitung.de/btw13. Oder nutzen sie den obigen **QR-Code**. *msc*

agiert haben. Für die Meinungsbildung ist dies besonders hilfreich. Ein Spiel darf auch nicht fehlen. In unserer **Wahlwette** können Leser auf den Ausgang der Bundestagswahl tippen. Gemeinsam mit anderen Tageszeitungen in Deutschland veranstalten wir eine Abstimmung, welche Partei wie viel Prozent der Wähler-er es die meisten Übereinstimmungen bekommt. Aus allen abgegebenen Stimmen ergibt sich ein Durchschnitt der Erwartungen – der nach allen bisherigen Spielen dieser Art erstaunlich genau am Endeergebnis liegt. Schreiben Sie nach auf www.rhein-zeitung.de/btw13. Oder nutzen sie den obigen **QR-Code**. *msc*

agiert haben. Für die Meinungsbildung ist dies besonders hilfreich. Ein Spiel darf auch nicht fehlen. In unserer **Wahlwette** können Leser auf den Ausgang der Bundestagswahl tippen. Gemeinsam mit anderen Tageszeitungen in Deutschland veranstalten wir eine Abstimmung, welche Partei wie viel Prozent der Wähler-er es die meisten Übereinstimmungen bekommt. Aus allen abgegebenen Stimmen ergibt sich ein Durchschnitt der Erwartungen – der nach allen bisherigen Spielen dieser Art erstaunlich genau am Endeergebnis liegt. Schreiben Sie nach auf www.rhein-zeitung.de/btw13. Oder nutzen sie den obigen **QR-Code**. *msc*

Pralles Paket für Schul-Wahlecke

Kreativität Landeszentrale für politische Bildung stellt kostenlos Material zur Verfügung – Mit dem Wahl-O-Mat die Pause verkürzen

Mal eben in der Pause politische Programme testen? Oder schnell nachschauen, wie sich der Bundestag zusammensetzt? Dafür bietet sich eine Wahlecke in einem öffentlichen Bereich der Schule an. Die Landeszentrale für politische Bildung (LpB) in Mainz hat dafür ein kostenloses Paket mit Informationsbroschüren und Büchern geschnürt. Wenn Schulen dazu noch einen Computer aufstellen und dort das Programm Wahl-O-Mat aufspielen, dann ist fast garantiert, dass sich viele Schülerinnen und Schüler unkompliziert mit dem Thema Wahl befassen werden. Mit dem Wahl-O-Mat kann man auf einfache Weise überprüfen, welches Parteiprogramm der eigenen politischen Einstellung am ehesten entspricht.

Das ist drin im Wahlpaket:

Der Deutsche Bundestag

Das Herz der deutschen Demokratie – Die gewählten Mitglieder des Bundestags – Fraktionen – Leitungsorgane des Parlaments – Die Abgeordneten im parlamentarischen Alltag; Taschenbuch, Berlin 2009, 102 Seiten. ■ Bestellnummer 42/101

Wahlen von A bis Z

Mehr als 100 Politik-Begriffe zum Thema Wahlen verständlich erklärt, Landeszentrale für politi-

sche Bildung (LpB), Mainz 2009, DIN A 6 Heft, 36 Seiten. ■ Bestellnummer 42/302

Wahlen in Deutschland

Wahlen und Demokratie – Wahlsystem im Vergleich – Wahlen zum Deutschen Bundestag und Europäisches Parlament – Wahlverfahren – Wahlverhalten; Aktualisierte Auflage, Hrsg.: bpb Bonn 2013, 152 Seiten. ■ Bestellnummer 42/301

Parlamentarische Demokratie

Information zur politischen Bildung Nr. 295, Hrsg.: bpb Bonn 2007, DIN A 4, 66 Seiten. ■ Bestellnummer 42/001

Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland

Information zur politischen Bildung Nr. 292, Hrsg.: bpb Bonn 2006, DIN A 4, 58 Seiten. ■ Bestellnummer 42/011

Die politische Ordnung in Deutschland

13. Auflage, München 2011, Taschenbuch, 184 Seiten. ■ Bestellnummer 41/202

Bundestagswahl 2013

Warum wird gewählt? – Wahlrecht, Wahlpflicht, Wahlbeteiligung – Bedeutung und Funktionen von Wahlen – Gesetzliche Grundlagen – Wahlrecht in Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) Bonn 2011, DIN A 4, 16 Seiten. ■ Bestellnummer 99/431

Wahlen von A bis Z

Mehr als 100 Politik-Begriffe zum Thema Wahlen verständlich erklärt, Landeszentrale für politi-

„Wenn ich mitentscheiden will, muss ich wissen, welche Pläne die Parteien haben. Zum Glück gibt's bei uns viele gute Zeitungen und Online-Seiten, auf denen ich mich informieren kann.“



Jörg Schönenborn, WDR-Chefredakteur

Nicht nur konsumieren – selbst mitmachen!

Wie wäre es mit einer eigenen Wahlaktion? Ob in der Schule oder in der Freizeit, ob in der Fußgängerzone oder in der Foto-AG: Die Bundesinitiative **U18-Wahl** hat einen spannenden Katalog zusammengestellt und dabei auch nötige Materialien sowie Zeitaufwand aufgelistet. Eine Auswahl:

Cook and Talk: Politiker kochen mit Jugendlichen (z. B. im Jugendhaus) und kommen in lockerer Atmosphäre ins Gespräch.

Wahl-TÜV: Wer weiß eigentlich mehr: Jugendliche oder Erwachsene? Teams lassen Fragebögen ausfüllen und werten sie aus.

Alles nur Blabla? Schreibe mal eine Wahltreue! Gar nicht so leicht, seine Meinung für einen öffentlichen Auftritt zu formulieren.

Wahlprüfsteine: Jugendliche formulieren ihre Fragen an die Wahlkreis-Direktkandidaten.

Politiker-Speeddating: Alternative zur herkömmlichen Podiumsdiskussion

Foto-/Videosafari: Schülergruppen suchen in ihrer Stadt nach den Bildern eines Wahlkampfes.

Wunschbaum: Jugendliche formulieren politischen Wünsche.

Gestalte ein Wahlplakat! Jugendliche entwerfen Werbung für Parteien. Dazu: Diskussion über aktuelle Plakate und Slogans

Straßenumfragen: Junge Teams fragen Passanten nach Meinungen zu Themen – eine Aktion zur eigenen Meinungsbildung

Stand in der Fußgängerzone: Jugendliche machen selbst aufmerksam auf ihre Themen.

Leute, geht wählen! Realisierung eines Video-Werbespots

Die Polittour: Jugendliche spazieren mit Kandidaten durch ihre Stadt/Gemeinde, zeigen ihre Themen und kommen darüber ins politische Gespräch.

Gründe deine eigene Partei! Was wären deine politischen Ziele, wenn du entscheiden könntest? Vertrete deine eigenen Interessen!

Wer wird Jugendprojekt-Pate? Schüler fordern von Direktkandidaten Unterstützung. Ein Beispiel: Wer engagiert sich für die ersehnte Skatebahn in der Stadt?

Schulen und Jugendgruppen, die solche Projekte angehen wollen, können sich bei U 18-Wahlen beraten lassen. Wenden Sie sich an die Projektbeauftragte Milena Feingold in Berlin – per Mail unter info@u18.org oder telefonisch unter 030/308 693 51. Oder an die U18-Koordinierungsstelle in Rheinland-Pfalz beim Jugendnetzwerk Konz, Dominik Schnith/Dietmar Grundheuer, Tel. 06501/940 50; E-Mail: rheinland-pfalz@u18.org *mr*

Das Wahlpaket können Sie bestellen unter der Adresse lpb.versand@politische-bildung-rlp.de; Der aktuelle Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) steht ab 29. August zur Verfügung. Unter der Adresse www.bpb.de/wahl-o-mat kann man ihn als Offline-Version oder als App downloaden. Dort gibt es auch Plakate und Banner. *mr*

Mehr zum Aktionskatalog: ku-rz.de/wahlaktionen



Die Spiele sind eröffnet

Gamescom in Köln zeigt die neusten Trends. *Tages-Thema*

Rasselstein-Aus ist ein Schlag ins Kontor für die ganze Region

Fraktionsvorsitzende empört. *Seite 17*

Mit uns die Welt entdecken!
www.reisebuero-laggraff.de

Ihre Reisespezialisten Online und vor Ort

- * Reisen mit allen namhaften Reiseveranstaltern
- * Tagesaktueller Last-Minute-Urlaubservice
- * Kreuzfahrten, Städte-, Studien- und Sprachreisen
- * Linien- und Charterflugtickets, Hotel- u. Mietwagenbuchungen
- * Reiseversicherungen und Eintrittskarten für Veranstaltungen

FIRST REISEBUERO Laggraff
Neuwied - Bad Hönningen - Linz

Grüne Woche künftig ohne Rheinland-Pfalz

Agrarwirtschaft Höfken streicht Messestand - Opposition, Winzer und Landwirte empört

Von unserer Redakteurin
Ursula Samary

Rheinland-Pfalz. Die grüne Landwirtschaftsministerin Ulrike Höfken bricht plötzlich mit einer Tradition: Rheinland-Pfalz verzichtet 2014 auf einen Messestand bei der Grünen Woche in Berlin, der weltgrößten Messe für Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau. Damit will sie etwa 250 000 Euro einsparen. Die Entscheidung gab Höfken im Agrar- und Umweltausschuss des Landtags bekannt - ohne jede Vorwarnung und auch eher beiläufig, wie die Vorsitzende Christine Schneider (CDU) sagte.



„Wenn die Grüne Woche eine Bio-Messe wäre, würde sie eine Fronleichnamsprozession dahin machen.“

Der Präsident der Landwirtschaftskammer, Norbert Schindler

Völlig überrascht von dieser Nachricht wurden auch der Präsident der Landwirtschaftskammer, Norbert Schindler, die Verbände und die Messe Berlin. Das sei ein Affront gegen den Berufsstand, heißt es unter Landwirten und Winzern.

Für Schneider und Schindler ist es vollkommen unverständlich, dass die Ministerin das „Weinland Nummer eins“ - so noch Höfkens Werbung bei der Grünen Woche 2013 - von der weltgrößten Ernährungsmesse abkoppeln will. „Eine Grüne Woche ohne Rheinland-Pfalz ist wie ein Weinfest ohne Wein“, meint die CDU-Abgeordnete Schneider.

Warum die Grüne Woche der grünen Ministerin nicht mehr grün ist, liegt für die Christdemokratin, den CDU-Bundestagsabgeordneten und Bauernpräsidenten Schindler sowie den FDP-Landesvorsitzenden Volker Wissing auf der Hand: Die Grüne Woche passe „ideologisch nicht ins Konzept“. Aus Schneiders Sicht wird „die traditionelle Land- und Weinwirtschaft immer stärker gegen die ökologische ausgespielt“. Schindler schäumt: „Wenn die Grüne Woche eine Bio-Messe wäre, würde sie eine Fronleichnamsprozession dahin machen.“ Höfken bediene nur noch grünes Klientel. Der Liberale Wissing weist Höfken zudem darauf hin, dass „die rheinland-pfälzische Wirtschaft ihre Gewinne nicht mit dem erzielt, was die Grünen wollen, sondern mit dem, was die Kunden nachfragen“. Das Kostenargument lässt die Opposition ebenfalls nicht gelten, weil für „grüne Spielwiesen“ und den „millionenschweren Nationalpark immer genug Geld da

ist“. Die CDU will daher von der rot-grünen Landesregierung wissen, ob sie bei weiteren Messen den Rotstift ansetzt oder nur gezielt bei der Grünen Woche.

Höfken betont, dass sie begleitend zur Grünen Woche rheinland-pfälzischen Produzenten bei Diskussionsforen in der Berliner Landesvertretung eine Bühne geben will und es bei Gemeinschaftsständen bei der ProWein, BioFach oder Kulinaria bleiben soll. Betroffene werten dies nicht als Ersatz, auch ProWein als Fachmesse nicht. Zur Grünen Woche kommen schließlich gut 400 000 Endverbraucher. Die Winzer Axel Seck („Winzer des Jahres“ aus Rheinhessen) und Thomas Höfer (Burg Layen) fühlen sich vom Land „allein gelassen“. Während andere Länder wie Bayern ihre Stände ausbauen, „geht Rheinland-Pfalz in der Masse unter, statt sich als Ferienregion und Weinland Nummer eins vermarkten“.

Forum: Kommentar/Mehr zum Thema auf Seite 3



SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles: Freitag, 23. August, 10 Uhr



Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP): Montag, 26. August, 10.30 Uhr



Grünen-Parteichef Cem Özdemir: Dienstag, 27. August, 10 Uhr



SPD-Parteichef Sigmar Gabriel: Donnerstag, 29. August, 17 Uhr



Piraten-Parteichef Bernd Schlömer: Freitag, 30. August, 13.30 Uhr



Klaus Ernst, Vorsitzender Linkspartei: Mittwoch, 4. September, 11 Uhr

Sie wollen mit Schülern sprechen

Interview Spitzenpolitiker hautnah erleben

Im RZ-Land ist „Wahlzeit“. Tausende von Schülerinnen und Schülern verfolgen hautnah unser Projekt, den Wahlkampf zur Bundestagswahl am 22. September für junge Leute greifbar und verständlich zu präsentieren. Ein Baustein darin

sind zehn **Multimedia-Interviews** mit Spitzenpolitikern, zu denen wir jeweils zwei Schüler von einer Schule als Gesprächspartner einladen. Die Interviews werden per Livestream ins Internet übertragen, Fragen aus dem Netz an die Politiker sind ebenfalls möglich. In der Zeitung werden die Gespräche als Sonderseiten abgedruckt. Den Anfang machte

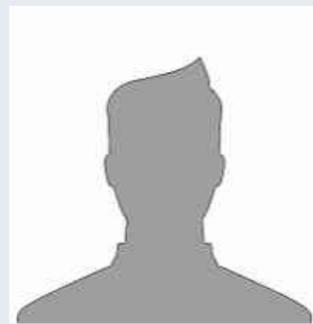
am Dienstag die Grünen-Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt. Auf dieser Seite finden Sie die weiteren geplanten Termine. Schulen, die mit einem Schülerpaar dabei sein wollen, können per Mail beim stellvertretenden Chefredakteur Manfred Ruch ihr Interesse anmelden. Die Adresse lautet: manfred.ruch@rhein-zeitung.net



FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle: Mittwoch, 11. September, 9.30 Uhr



Bildungsministerin Johanna Wanka (CDU): Freitag, 13. September, 18 Uhr



Für die Union läuft die Suche nach einem weiteren Gesprächspartner.

Umfragen sehen Schwarz-Gelb vorn

Bundestagswahl Forsa und Allensbach errechnen Vorsprung für Regierungskoalition

■ **Berlin.** Viereinhalb Wochen vor der Bundestagswahl können sich CDU/CSU und FDP Hoffnungen auf eine Fortsetzung ihrer Regierung machen. In der jüngsten Forsa-Erhebung bauen sie ihren Vorsprung vor SPD, Grünen und Linkspartei aus. In dem Wahl-

trend von „Stern“ und RTL kommen Union und FDP zusammen auf 47 Prozent und liegen damit 4 Punkte vor SPD, Grünen und Linker, die zusammen 43 Prozent erreichen. Das Institut für Demoskopie Allensbach ermittelte für die „Frankfurter Allgemeine Zei-

tung“ 1 Vorsprung von nur einem Punkt. Die Union kommt demnach zurzeit auf 39 Prozent, die FDP auf 7. Rot-Grün allein liegt bei 38 Prozent: Das wären derzeit 24,5 Prozent für die SPD und 13,5 für die Grünen. Die Linke liegt bei 7 Prozent.

Kompakt

NSU: SPD-Kritik vor Abschlussbericht

■ **Berlin.** Die SPD wertet die schweren Versäumnisse bei der Aufklärung der Neonazi-Mordserie als „systematisches und flächendeckendes Versagen“ der Sicherheitsbehörden. Dass die NSU-Terrorzelle über viele Jahre unentdeckt blieb, sei nicht nur auf eine Häufung handwerklicher Fehler zurückzuführen, sondern habe strukturelle Ursachen. Das sagte die SPD-Obfrau im NSU-Untersuchungsausschuss, Eva Högl. Der Ausschuss, der rund eineinhalb Jahre gearbeitet hat, legt heute dem Bundestagspräsidenten Norbert Lammert (CDU) seinen Abschlussbericht vor.

Griechenland-Hilfe: Kritik an Merkel

■ **Berlin.** In der Debatte um das angekündigte neue Hilfspaket für Griechenland wirft der SPD-Herausforderer Peer Steinbrück Kanzlerin Angela Merkel eine gescheiterte Europa-Politik vor. „Das ist das indirekte Eingeständnis, dass das bisherige Krisenmanagement gescheitert ist“, sagte Steinbrück. Immerhin führe aber Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble die Bürger nicht länger hinter die Fichte. „Es war immer klar, anders als Frau Merkel uns weismachen wollte, dass Deutschland zur Kasse gebeten wird“, sagte Steinbrück. „Dann sollte unsere Unterstützung aber nicht in einem riesigen schwarzen Loch landen, sondern Wachstumsimpulsen und dem Abbau der Jugendarbeitslosigkeit dienen.“ Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin sprach von einem „Täuschungsmanöver“ der Regierung. Der SPD-Chefhaushälter Carsten Schneider kündigte an, Schäuble vor den Haushaltsausschuss des Bundestages zu laden.

Forum: Interview mit Steinbrück Mehr auf Wirtschaft

Die gute Nachricht

Anruf bei Polizei rettet Seniorin

Es war ohnehin schon eine gute Tat, im Nachhinein erst recht: Wegen verdächtiger Geräusche im Nachbarhaus hat ein Mann in Herthen-Bertlich die Polizei alarmiert und damit eine 82-Jährige aus einer schwierigen Lage gerettet. Der Nachbar hatte in der Nacht zum Mittwoch in dem Haus das Klirren einer Scheibe gehört. Er ging davon aus, dass ein Einbrecher eingedrungen war, berichtet die Polizei. Als die Polizisten eintrafen, fanden sie jedoch die Seniorin: Sie war durch eine gläserne Balkontür gestürzt und konnte sich nicht selbst befreien.

SERVICE & FREIZEIT

Freizeit-Kompass	8
Intermezzo: Roman, Horoskop	29
Ihr aktuelles TV-Programm	30

WIR FÜR SIE

Aboservice	Tel: 0261/9836 2000
Anzeigen	Tel: 0261/9836 2003
Redaktion	Tel: 0261/892 240

WETTER



27° sonnig. Zum Teil Sonne, dann auch wieder dichte Wolkenfelder. Dabei bleibt es bei 22 bis 27 Grad meist trocken. Schwacher Nordostwind. **Wetter** Seite 32

WEITERE THEMEN HEUTE

In der Wied zappelt kaum ein Fisch

Am Tag des Fisches gilt es auch, auf die Bedrohung des Fischbestands in heimischen Gewässern hinzuweisen. So ist die Wied im Kreis Neuwied beinahe leergefischt. **Lokales** Seiten 17,23

DAX schließt mit leichtem Minus

Im Aktienmarkt war am Mittwoch kaum Bewegung. Der DAX verabschiedete sich mit einem Minus von 0,18 Prozent mit 8285,41 Punkten aus dem Handel. **Wirtschaft** Seite 7

Milliarden sollen online gehen

Facebook-Gründer Mark Zuckerberg verfolgt mit einer neuen Allianz ein großes Ziel: Milliarden Menschen sollen günstige Internetverbindungen bekommen. **Wirtschaft** Seite 7

Wikileaks: 35 Jahre Haft

Der Wikileaks-Informant Bradley Manning soll für die Weitergabe vertraulicher Dokumente 35 Jahre hinter Gitter. Bei guter Führung könnte er früher wieder frei sein. **Politik** Seite 4

Hightech enttarnt Kunstfälscher

Die Kunst- und Auktionshäuser sind leidgeprüft: Immer wieder sitzen sie nahezu perfekten Fälschungen auf. Doch auch die Wissenschaft rüstet auf. **Kultur** Seite 27

Online

Informieren Sie sich schnell und immer aktuell über Nachrichten aus der Region und der Welt auf: www.rhein-zeitung.de

Auch hier können Sie mit uns Kontakt aufnehmen: twitter.com/rheinzeitung facebook.com/rheinzeitung



Wahl-ABC: Die wichtigsten Begriffe zur Bundestagswahl

Von „Absolute Mehrheit“ bis „Wechselwähler“ – was man jetzt wissen muss.

A wie absolute Mehrheit: Mehr als die Hälfte der Stimmen zu erzielen, das gelang auf Bundesebene bisher nur CDU/CSU. Mit der Parole „Keine Experimente!“ kam die Union 1957 auf 50,2 Prozent.

B wie Briefwahl: Alle Wahlberechtigten können auch per Brief wählen. Ein entsprechender Antrag muss bis zum Freitag vor der Wahl gestellt sein. Der Brief muss bis zur Schließung der Wahllokale die zuständige Stelle erreichen, sonst ist die Stimme ungültig.

D wie Direktmandat: Der Kandidat, der in einem Wahlkreis die meisten Erststimmen gewinnt, zieht mit einem Direktmandat in den Bundestag. Dies gilt auch, wenn seine Partei bei den Zweitstimmen unter 5 Prozent liegt.

E wie Erst- und Zweitstimmen: Die Wähler haben zwei Stimmen. Mit der Erststimme entscheidet sich der Wähler für einen Direktkandidaten in seinem Wahlkreis. Gewählt ist die Person, die die meisten gültigen Stimmen erhält. Ihre Zweitstimme geht für die Landeslisten der Parteien ab. Bei der Sitzverteilung kommen zunächst die siegreichen Direktkandidaten zum Zuge. Die restlichen Mandate werden gemäß dem Wähleranteil der Parteien auf die Listenkandidaten verteilt.



E wie Erstwähler: Am Sonntag dürfen etwa 3,5 Millionen Menschen erstmals den Bundestag mitwählen. Die Wahlbeteiligung dieser Erstwähler lag 2005 bei etwa 70 Prozent und damit 7 Prozent unter dem Durchschnitt.

F wie Fünf-Prozent-Hürde: Parteien mit weniger als 5 Prozent der Zweitstimmen ziehen nicht in den Bundestag ein.

G wie Grundmandat: Die Grundmandatsklausel setzt die Fünf-Prozent-Hürde außer Kraft. Gewinnt eine Partei mindestens drei Direktmandate, darf sie gemäß dem Zweitstimmenanteil in den Bundestag einziehen.

Die zehn dicksten Brocken für die nächste Regierung

Zukunft In den nächsten Jahren steht Deutschland vor großen Aufgaben

Energieende: Sie gehört zu den Superbaustellen. Denn bis 2022 werden alle Atomkraftwerke abgeschaltet. Aber: Privathaushalte und Wirtschaft brauchen bezahlbaren Strom, auch wenn keine Sonne scheint und kein Wind weht. Und: Das Geld, mit dem erneuerbare Energie gefördert wird – die sogenannte Ökostromumlage – belastet den Preis. Der Strompreis für die Privatpersonen steigt, obwohl der Preis an der Strombörse sinkt und sinkt.



Wie Erst- und Zweitstimmen: Die Wähler haben zwei Stimmen. Mit der Erststimme entscheidet sich der Wähler für einen Direktkandidaten in seinem Wahlkreis. Gewählt ist die Person, die die meisten gültigen Stimmen erhält. Ihre Zweitstimme geht für die Landeslisten der Parteien ab. Bei der Sitzverteilung kommen zunächst die siegreichen Direktkandidaten zum Zuge. Die restlichen Mandate werden gemäß dem Wähleranteil der Parteien auf die Listenkandidaten verteilt.

zu ersticken. Das Straßennetz samt seiner vielen Brücken bröckelt unter den Lasten der Schwertransporte immer schneller. Nicht nur die Autofahrer-Lobby, sondern auch Politiker gehen davon aus, dass allein für die Instandhaltung der Infrastruktur pro Jahr 7,5 Milliarden Euro zusätzlich investiert werden müssen. An zweckgebundenen Mitteln mangelt es nicht. Die Einnahmen des Staates aus Mineralöl- und Kfz-Steuer summieren sich auf rund 45 Milliarden Euro. Ob eine Pkw-Maut das Problem löst? Bislang geht lediglich die CSU davon aus.

Mindestlohn: In Deutschland haben immer mehr Menschen eine Rente, obwohl der Preis an der Börse sinkt und sinkt. Allein davon nicht leben können. Ihnen zahlt der Staat etwas zusätzlich – sie werden zu sogenannten „Aufstockern“. Viele Bürger finden es aber ungerecht, wenn der Chef so wenig zahlt. Außerdem können Unternehmen die Aufstocker-Regelung ausnutzen, um auf Kosten der Allgemeinheit an Gehältern zu sparen. Deshalb wird über einen gesetzlichen Mindestlohn diskutiert, den der Chef dann auf jeden Fall zahlen muss. Im Gespräch sind 8,50 Euro. Ob die nächste Regierung das festlegt, hängt vom Wahlausgang ab. Vielleicht wird auch nur das bisherige Modell ausgeweitet, für bestimmte Berufe jeweils eigene Mindestlöhne zu vereinbaren.

Bildung/Ausbildung: Vor 40 Jahren hatte die Politik folgende Idee: Jeder, der wollte, sollte studieren können. Auch Arbeiterkinder, deren Eltern sich das nicht unbedingt leisten konnten. Seitdem gibt es im Studium unter bestimmten Bedingungen Geld vom Staat, das Bafög. Und heute? An den Unis gibt es so viele Studenten wie noch nie. Die Hörsäle sind oftmals überfüllt. Aber Arbeiterkinder sind noch immer sehr selten unter den Studenten. Außerdem ist noch ein zweites Problem entstanden: Firmen suchen händeringend Auszubildende. Die Politik muss also zwei Probleme lösen: Sie muss es hin-

bekommen, dass alle, die das wirklich wollen und dafür geeignet sind, studieren können. Gleichzeitig muss sie es aber schaffen, dass Ausbildungsberufe wieder an Ansehen gewinnen. Damit sich diejenigen, die eine Ausbildung machen, nicht wie zweite Wahl vorkommen.

Fachkräfte: Bei der Bahn in Mainz sind ein paar Leute krank, oder sie haben Urlaub – und deswegen können Züge nicht mehr halten? In Zukunft wird es womöglich immer öfter vorkommen, dass Unternehmen plötzlich nichts mehr anbieten können, weil ihnen Mitarbeiter fehlen. Die nächste Regierung muss dringend Wege finden, dieses Problem zu lösen. So könnte sie die Ausbildung attraktiver machen und es auch ausländischen Fachkräften leichter machen, nach Deutschland zu kommen.

Euro-Schuldenkrise: Seit Jahren haben viele Menschen Angst um ihr Geld. Manche Länder, die auch den Euro haben, sind so hoch verschuldet, dass sie jetzt Hilfe von anderen brauchen. Für Deutschland als Helfer kann das noch richtig teuer werden, und die Bürger befürchten, dass sie es am Ende irgendwie zahlen müssen. Es kann auch passieren, dass die Preise plötzlich so stark steigen, dass der Verbraucher nicht mehr so viel für sein Geld bekommt. Die Politiker redeten längere Zeit nicht mehr so viel über diese sogenannte Schuldenkrise und hofften wohl, dass alles glimpflich ausgeht. Doch gelöst sind die Probleme in der Euro-Zone noch lange nicht.

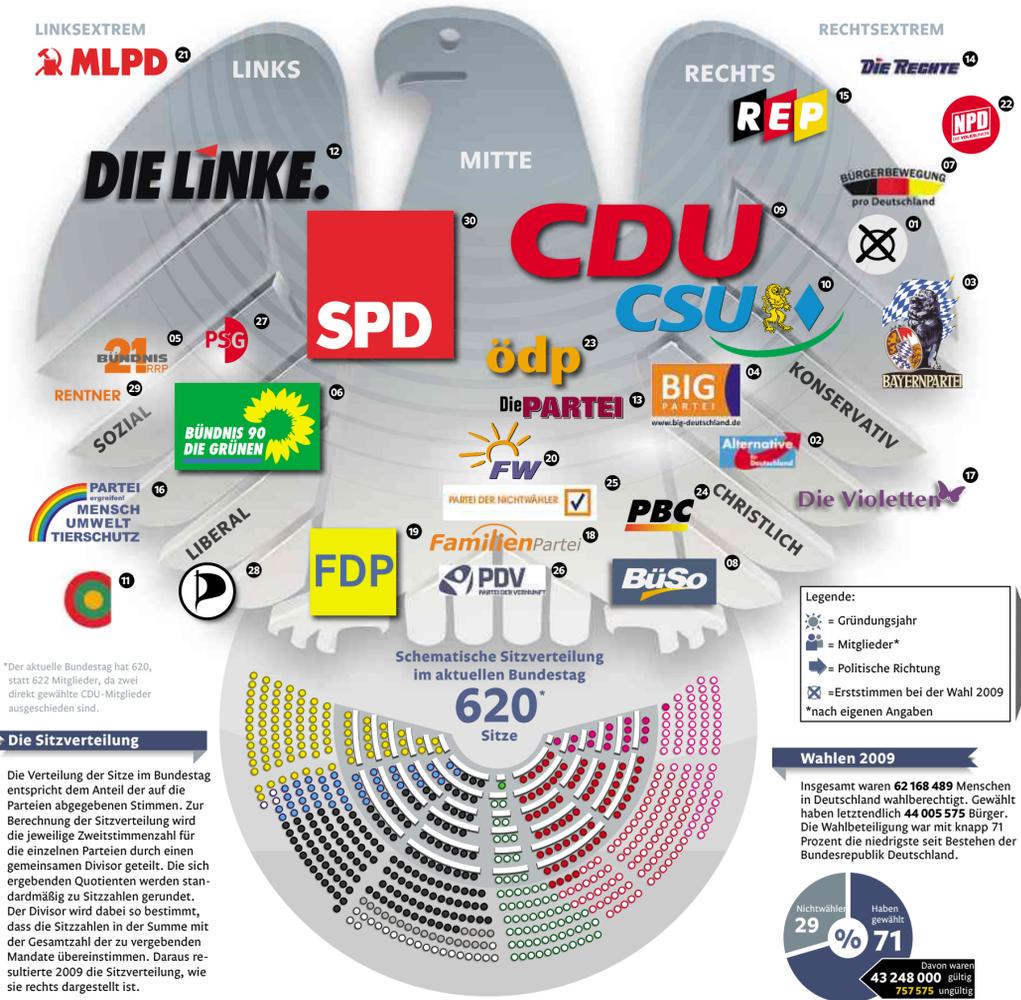
Ärztliche Versorgung: Schon heute gibt es in Rheinland-Pfalz einige Kreise, in denen Kranke sehr weit zu ihrem Arzt fahren müssen. Dies ist erst der Anfang. Bis 2019 wird jeder vierte Hausarzt in Rente gehen. Und: Für viele Praxen, vor allem in Eifel, Westertal und Hunsrück, finden sich nur schwer Nachfolger. Das liegt auch daran, dass heute fast 70 Prozent der Medizinstudenten Frauen sind. Viele der Medizinerinnen der Zukunft wollen lieber in einer Stadt leben, weil es dort aus ihrer Sicht mehr Kultur sowie bessere Kindergärten und Schulen gibt. Auch wenn sie auf dem Land mehr Geld bekämen, wollen viele junge Frauen dort nicht arbeiten. Deshalb muss die Politik nach der Wahl neue Mittel finden, damit für Kranke auf dem Land die Wege zum Arzt nicht zu weit werden.

Pflege: Rheinland-Pfalz altert. Bis 2020 leben hier 26 Prozent weniger Menschen im Alter zwischen 35 und 50 und 22 Prozent weniger zwischen 10 und 20 Jahre. Dafür wächst die Zahl der Menschen zwischen 50 und 65 deutlich: um 27 Prozent. Das liegt daran, dass in Deutschland unter anderem wegen der Antibabypille seit den 60er-Jahren weniger Kinder zur Welt kommen sind. Immer mehr Menschen müssen im Alter gepflegt werden. Doch dafür gibt es derzeit nicht genug Fachleute. Und viele verdienen nicht viel Geld. Außerdem können viele Menschen die Pflege nicht bezahlen. Zwar haben die Politiker vor einigen Jahren eine Pflegeversicherung eingeführt. Doch das Geld aus der Versicherung reicht oft nicht. Viele müssen die Hälfte der Kosten aus eigener Tasche bezahlen. Einen Mann zu pflegen, kostet im Durchschnitt bis zu seinem Tod 42 000 Euro. 84 000 Euro sind es bei Frauen, die im Schnitt länger

Diese Parteien stellen sich zur Wahl

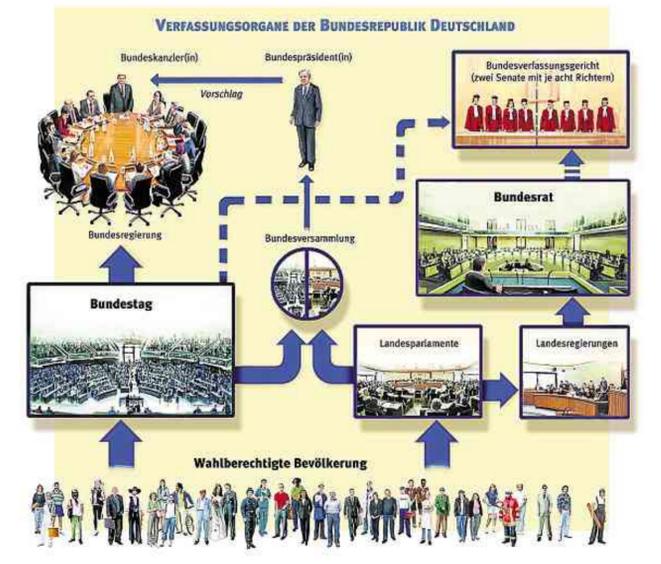
Die bunte Republik

Deutschland ist eine Parteiendemokratie. Zu den Wahlen zum 18. Deutschen Bundestag treten 30 Parteien mit Landeslisten an. Ein Überblick. Quelle: Main-Post, Rhein-Zeitung



Partei	FDP	CDU	CSU	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	SPD	DIE LINKE
Erststimmen	0	173	45	1	64	16
davon Überhangmandate	0	21	3	0	0	0
Zweitstimmen	93	21	0	67	82	60
Gesamtsitzzahl	93	194	45	68	146	76

Auf einen Blick: Von Bundeskanzler bis Bundesverfassungsgericht



leben und deshalb unter Umständen länger gepflegt werden müssen. Doch die Versicherung übernimmt im Schnitt nur 33 000 Euro. Die Politik muss jetzt überlegen, wie Pfleger besser bezahlt werden und wie sie es Menschen ermöglichen, sich Pflege auch leisten zu können.

Innere Sicherheit: Es ist ein Dilemma: Der Staat muss seine Bürger beschützen und gleichzeitig garantieren, dass er die Freiheit Unschuldiger nicht zu sehr einschränkt. Bei der Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität stößt der Staat hier regelmäßig an seine Grenzen. Zwei Ereignisse der vergangenen Jahre prägen die Diskussion. Die rechts-extreme Vereinigung Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) tötete zehn Menschen, ohne dass Polizei und Geheimdienst sie stoppen konnten. Und 2011 konnte der erste islamistische Terroranschlag auf deutschem Boden am Frankfurter Flughafen nicht verhindert werden. Sicherheitsbehörden fühlen sich den längst international operierenden Terroristen und Kriminellen offenbar nicht mehr gewachsen und fordern eine Ausweitung ihrer Kompetenzen. Dazu gehören eine stärkere Videoüberwachung und die vürbergehende Speicherung aller Telefongespräche, ohne dass es einen Verdacht gibt – die sogenannte Vorratsdatenspeicherung. Kritiker halten dagegen: Die Behörden haben sehr wohl ausreichende Befugnisse, sie setzen sie nur schlecht um. Im Fall der NSU hat das schlecht vernetzte deutsche Behördenwirrwarr eine wirksame Aufklärung verhindert. Das Grundproblem bleibt: Bürger müssen den Behörden enormes Vertrauen entgegenbringen und

erwarten, dass Daten über sie nur in Ausnahmefällen gesammelt werden. Die Hinweise, dass Auslandsgeheimdienste, wie die US-amerikanische NSA, längst ohne Grund Daten deutscher Bürger sammeln, hat das Misstrauen verstärkt.

Bezahlbarer Wohnraum: In Deutschlands Großstädten und Ballungszentren wie dem Rhein-Main-Gebiet wird günstiger Wohnraum knapp. In den vergangenen Jahren sind die Mieten drastisch gestiegen. Das hat verschiedene Ursachen: Zum einen wurden in Städten wie Berlin ganze Viertel saniert. Das schlägt sich in den Mieten nieder. Zudem ist die Wirtschaftslage in Deutschland recht stabil. Die Vermieter erwarten, dass sie deshalb mehr Geld verlangen können – und tun das auch. Und dann wurden seit Jahren einfach keine günstigen Wohnungen gebaut. Im Gegenteil: Der Bund hat die finanzielle Förderung des Städtebaus massiv zurückgefahren. Jetzt muss er sich etwas einfallen lassen. ank/us/dtt/ck/hil

- 01 Ab jetzt... Demokratie durch Volksabstimmung** (1979, national-konservativ, 500 Mitglieder, 2550 Erststimmen)
- 02 AfD** (2013, Euro-kritisch, 16000 Mitglieder, - Erststimmen)
- 03 Bayernpartei** (1946, konservativ-regionalistisch, 4687 Mitglieder, 32324 Erststimmen)
- 04 BIG** (2010, wertorientiert, 1000 Mitglieder, - Erststimmen)
- 05 Bündnis21 RRP** (2007, sozial, 3100 Mitglieder, 37946 Erststimmen)
- 06 Bündnis 90 / Die Grünen** (1980, sozial-ökologisch, 59074 Mitglieder, 3977125 Erststimmen)
- 07 Bürgerbewegung pro Deutschland** (2005, rechtsextrem, 750 Mitglieder, - Erststimmen)
- 08 Bürgerrechtsbewegung Solidarität** (1992, christlich-humanistisch, 1087 Mitglieder, 34894 Erststimmen)
- 09 Christlich Demokratische Union Deutschlands** (1950, christlich-demokratisch, 489896 Mitglieder, 13856674 Erststimmen)
- 10 Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.** (1946, christlich-sozial, 153974 Mitglieder, 3191000 Erststimmen)
- 11 Die Frauen** (1995, feministisch, 387 Mitglieder, 1327 Erststimmen)
- 12 Die Linke** (2007, demokratisch-sozialistisch, 69458 Mitglieder, 4791124 Erststimmen)
- 13 Die Partei** (2004, parodistisch, satirisch, 10000 Mitglieder, 6923 Erststimmen)
- 14 Die Rechte** (2012, rechtsextrem, 368 Mitglieder, - Erststimmen)
- 15 Die Republikaner** (1983, rechts-konservativ, 5959 Mitglieder, 30061 Erststimmen)
- 16 Die Tierschutzpartei** (1993, sozial-liberal, 1031 Mitglieder, 16887 Erststimmen)
- 17 Die Violetten** (2001, konservativ-spirituell, 1068 Mitglieder, 5794 Erststimmen)
- 18 Familienpartei Deutschlands** (1981, politische Mitte, 617 Mitglieder, 17848 Erststimmen)
- 19 Freie Demokratische Partei** (1948, marktliberal, 63123 Mitglieder, 4076496 Erststimmen)
- 20 Freie Wähler** (2009, gemäßigt, 278 Mitglieder, - Erststimmen)
- 21 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands** (1982, linksextrem, 2300 Mitglieder, 17512 Erststimmen)
- 22 Nationaldemokratische Partei Deutschlands** (1964, rechtsextrem, 6376 Mitglieder, 768442 Erststimmen)
- 23 Ökologisch-Demokratische Partei** (1981, politische Mitte, 6286 Mitglieder, 105653 Erststimmen)
- 24 Partei Bibeltreuer Christen** (1989, christlich-konservativ, 3706 Mitglieder, 12052 Erststimmen)
- 25 Partei der Nichtwähler** (2011, reformistisch, ideologiefrei, 480 Mitglieder, - Erststimmen)
- 26 Partei der Vernunft** (2009, libertär, 2000 Mitglieder, - Erststimmen)
- 27 Partei für Soziale Gleichheit** (1997, sozialistisch, 252 Mitglieder, - Erststimmen)
- 28 Piraten-Partei Deutschland** (1997, progressiv-liberal, 19200 Mitglieder, - Erststimmen)
- 29 Rentner-Partei-Deutschland** (2002, sozial, 379 Mitglieder, 46770 Erststimmen)
- 30 Sozialdemokratische Partei Deutschlands** (1863, sozialdemokratisch, 489638 Mitglieder, 12079758 Erststimmen)

Der Deutsche Bundestag: Was er macht, wer ihn wählt

Wissen Für Neueinsteiger ganz einfach erklärt: So funktioniert das Parlament in Berlin – Wahl ist allgemein, unmittelbar, geheim und gleich

Wie wird der Bundestag gewählt? Die Wahl zu einem neuen Bundestag findet in der Regel alle vier Jahre statt. Sie ist allgemein (jeder Deutsche über 18 Jahre darf wählen), unmittelbar (die Politiker werden direkt vom Volk gewählt), frei (es gibt keine Beeinflussung von Außen), geheim (keiner wird bei der Wahl überwacht) und gleich (jede Stimme zählt gleich viel). Jeder Wähler hat zwei Stimmen. Mit der ersten wird eine Person direkt gewählt: ein Kandidat aus dem Wahlkreis, in dem der Wähler wohnt. Insgesamt ist Deutschland dafür in 299 Wahlkreise eingeteilt. Der Kandidat, der in einem Wahl-

bezirk die meisten Stimmen bekommt, wird in den Bundestag gesandt. So kommt aus jedem Landesteil Deutschlands mindestens ein Abgeordneter. Mit der zweiten Stimme wird eine Partei gewählt. Diese Wahl erfolgt völlig unabhängig davon, wem der Wähler seine erste Stimme gegeben hat. Die Zweitstimme entscheidet darüber, wie viele Abgeordnete gleich (jede Stimme zählt gleich viel). Jeder Wähler hat zwei Stimmen. Mit der ersten wird eine Person direkt gewählt: ein Kandidat aus dem Wahlkreis, in dem der Wähler wohnt. Insgesamt ist Deutschland dafür in 299 Wahlkreise eingeteilt. Der Kandidat, der in einem Wahl-



Blick in den Bundestag

Welche Aufgaben hat der Bundestag? Der Bundestag ist das wichtigste deutsche Parlament. Dort sitzen 600 Abgeordnete aus dem ganzen Land. Gleich zu Beginn einer neuen Wahlperiode müssen die Volksvertreter eine ihrer drei wichtigsten Aufgaben erfüllen: einen Bundeskanzler wählen. Vorher schlägt der Bundespräsident der Partei vor, die entweder alleine oder in Partnerschaft mit anderen Parteien die meisten Abgeordneten stellt. Dieses Zusammenarbeiten mehrerer Parteien in einer Regierung nennt man Koalition. Alle übrigen Parteien bilden die Opposition. Danach hat der Bundestag zwei weitere bedeutende Aufgaben: Er muss zum einen die Regierung kont-

Wahl-ABC: Die wichtigsten Begriffe zur Bundestagswahl

K wie Kanzlerkandidat: Die Parteien präsentieren den Wählern einen Kandidaten, den sie für kompetent halten, als Bundeskanzler die künftige Regierung zu führen.

L wie Landesliste: Die Parteien stellen ihre Kandidaten auf Landeslisten auf. Die anschließende Mandatsverteilung muss insgesamt dem Verhältnis der auf die Landesliste entfallenen Zweitstimmen entsprechen.

M wie Mandat: Amt und Aufgabe der Abgeordneten werden als Mandat bezeichnet. Die Abgeordneten verfügen über ein freies Mandat, sie sind also nicht an Weisungen ihrer Parteien gebunden.

P wie Parteien: Zur Wahl stellen sich 30 Parteien. Nur sie dürfen die Landeslisten aufstellen. Daraus ergibt sich der dominierende Einfluss der Parteien auf die Politik. Laut Grundgesetz sollen sie „bei der politischen Willensbildung des Volkes“ nur mitwirken.

S wie Sitzverteilung: Grundsätzlich werden die 598 Bundestagsmandate entsprechend den gewonnenen Zweitstimmenanteilen verteilt. Dabei werden aber nur Parteien mit bundesweit mindestens 5 Prozent berücksichtigt.

Ü wie Überhangmandate: Sie entstehen, wenn eine Partei in einem Bundesland per Erststimme mehr Mandate direkt erobert, als ihr nach Zweitstimmen zustehen. 2013 werden den Parteien, die weniger oder keine Überhangmandate gewonnen haben, erstmals zum Ausgleich genau so viele Mandate zugestanden, dass die ursprünglichen Mehrheitsverhältnisse wieder hergestellt sind. Folge dürfte eine Vergrößerung des Parlaments sein – von jetzt 620 auf möglicherweise um die 700 Sitze.

W wie Wahlgeheimnis: Der Wähler muss sein Wahlrecht so ausüben, dass niemand erkennen kann, für wen er seine Stimme abgegeben hat. Im Wahllokal gewählten Kabinen und gefaltete Stimmzettel das Wahlgeheimnis.

W wie Wahlkabine: In jedem Wahllokal gibt es eine oder mehrere davon. Sie muss blickdicht sein, immer nur ein Wähler darf in der Kabine sein, dort seine Kreuze auf den Wahlzettel machen. Anschließend steckt er den ausgefüllten Stimmzettel in die Wahlurne.

W wie Wechselwähler: Sie werden besonders heftig umworben, weil sie sich von Wahl zu Wahl in ihrer Gunst immer wieder neu orientieren.



Diskutierten mit Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP, Mitte) kontrovers über die Themen Gesundheit und Pflege (von links): die 13-jährige Schülerreporterin Lena Adams, die RZ-Redakteure Manfred Ruch und Christian Kunst sowie die zweite Schülerreporterin Rabea Ehrlich (16).

Fotos: Sascha Ditscher

Bahr: Der Kassenbeitrag wird steigen

Wahlzeit Bundesgesundheitsminister will Vollversorgung sichern – Alle Versicherten sollen Arztrechnung bekommen

Die eine ist privat, die andere gesetzlich krankenversichert: Trotz ihres jungen Alters haben die Schülerreporterinnen Rabea Ehrlich (16) und Lena Adams (13) schon einige Erfahrungen mit dem deutschen Gesundheitssystem gemacht. Das beeindruckt auch Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP), den die beiden zusammen mit zwei RZ-Redakteuren interviewen. Hier Auszüge aus dem einstündigen Gespräch, das mit Fragen unserer Leser per E-Mail, Twitter oder Facebook angereichert wurde.

Machen wir mal eine Zeitreise ins Jahr 2030. Zahlt unsere Kasse dann noch für alle Operationen und Medikamente bei Rückenleiden, Bluthochdruck oder einem Hüftleiden? Dafür kämpfe ich. Denn das macht das deutsche Gesundheitssystem aus. Unabhängig vom sozialen Stand und der Vorerkrankung bekommt bei uns jeder das, was notwendig ist. Bei Bluthochdruck und Rückenleiden kann man aber oft auf Operationen verzichten, indem man Sport treibt oder die Ernährung umstellt. Wir müssen auch bei der Vorsorge ansetzen, um die höheren Kosten einer alternden Gesellschaft zu vermeiden. Dafür habe ich bereits ein Präventionsgesetz vorgelegt.

Viele Ärztechefs fordern aber, dass nicht mehr alle Leistungen bezahlt werden. Was sagen Sie dazu? Es darf nicht sein, dass bei medizinischen Leistungen ein Unterschied nach Alter oder Einkommen gemacht wird. Jeder muss in Deutschland die notwendige Grundversorgung bekommen. Beispiel Rückenleiden: Da kann man operieren, man kann es aber auch

anders behandeln. Das muss der Arzt zusammen mit dem Patienten entscheiden.

Allerdings beklagen die Kassen, dass zu viel operiert wird.

Es gibt Fehlanreize. Alle Krankenhäuser werden derzeit dazu verleitet, besonders viel zu operieren. Diesen Anreiz haben wir kurzfristig weggenommen. Da müssen wir aber die Strukturen ändern. Ich will, dass ein Krankenhaus, das gut und oft operiert, belohnt wird, aber nicht alle Kliniken dazu getrieben werden, viel zu operieren.

Ist denn die Vollversorgung künftig überhaupt noch finanzierbar? Gesundheit und Pflege kann es nicht zum Nulltarif geben. In einem Umlagesystem müssen von den laufenden Einnahmen die Ausgaben gedeckt werden. In einer alternden Gesellschaft mit mehr Kranken und weniger Beitragszahlern müssen wir deshalb entweder mehr ausgeben oder die Leistungen streichen. Ich sage: Wir müssen bereit sein, auch etwas beiseitezulegen.

Was wird das konkret für Rabea und Lena bedeuten?

Die Beiträge werden in den nächsten Jahrzehnten steigen. Es gibt aber auch Möglichkeiten, die Ausgaben zu reduzieren. Wir haben bei den Arzneimittelausgaben jährlich 2 Milliarden Euro eingespart.

Experten rechnen bald mit einem Beitragssatz von 25 Prozent.

Das ist völlig unrealistisch. Das sind Horrorszenarien. Dabei wird doch unterschätzt, dass auch neue Arbeitsplätze in der Gesundheitswirtschaft entstehen und so Wohlstand geschaffen wird.

Müssen wir dafür nicht auch immer länger arbeiten?

Die Menschen sind heute viel fitter im höheren Alter. Und viele möchten auch länger arbeiten. Die Rente mit 67 ist richtig, aber sie muss flexibler sein. Wer schon mit 16 eine Ausbildung macht, ist ein anderer Fall als derjenige, der erst noch ein Studium macht. Jeder muss für sich entscheiden, wann er in Rente gehen will, sofern er die Grundsicherung erreicht hat.

Rund 300 Milliarden Euro fließen jährlich ins Gesundheitssystem. Trotzdem sind viele Patienten unzufrieden, weil die Ärzte keine Zeit für sie haben. Woran liegt das?

Wir arbeiten daran. Die Praxisgebühr haben wir abgeschafft, weil sie zwischen Arzt und Patient stand. 400 Millionen Euro Bürokratiekosten sind so weggefallen. Wenn ein Patient unzufrieden mit seinem Arzt ist, kann er wechseln. Das geht in anderen Ländern nicht.

Warum bekommen Ärzte für Privatpatienten mehr Geld? Warum werden sie besser behandelt?

Manchmal bekommen sie auch mehr Leistungen, die gar nicht nötig sind. Da müssen die Versicherten kritisch nachfragen. Ein Arzt bekommt für einen Privatpatienten nicht unbedingt mehr Geld, aber feste Preise. Das liegt daran, dass ich als Privatpatient ein direktes Vertragsverhältnis mit meinem Arzt habe. Für Kassenpatienten hat der Arzt hingegen ein Budget, um die Kosten zu deckeln. Wenn das Budget erschöpft ist und der Arzt trotzdem mehr Patienten hat, bekommt er nicht mehr Geld. Davon wollen wir weg. Das haben wir für die Landärzte abgeschafft, weil wir einen Anreiz schaffen wollten, damit

sich mehr junge Mediziner gerade hier niederlassen.

Warum passen Sie die Honorare nicht einfach an?

Das würde sehr teuer werden.

Warum senken Sie die Honorare nicht auf das niedrigere Niveau ab? Dann wird die Versorgung der Patienten schlechter.

Ich bin Privatpatientin und wurde von einem Facharzt behandelt, der mir eine Rechnung mitgab. Dort standen Leistungen, von denen ich gar nicht wusste, dass er sie erbracht hat. Wie kann das sein?

Das ist ein gutes Beispiel dafür, dass alle Versicherten eine Arztrechnung bekommen sollten. Dadurch können wir mehr Transparenz und mehr Kontrolle durch die Patienten schaffen. Die Möglichkeit gibt es bereits heute schon für gesetzlich Versicherte. Das machen allerdings viele nicht. Man sollte bei Ärzten kritisch nachfragen, weil es ja um das eigene Geld geht. Ich glaube aber nicht, dass jeder der 70 Millionen gesetzlich Krankenversicherten eine Arztrechnung prüfen und eine Kostenersatzung bei der Krankenkasse einreichen kann.

Jeder vierte Arzt im Land geht bis 2019 in Rente. Nachfolger gibt es oft nicht. Medizinstudenten sind heute oft Frauen. Sie wollen als Angestellte Teilzeit arbeiten. Aufs Land wollen sie meist nicht. Wie wollen Sie das ändern?

Wir haben einige Anreize geschaffen: Wenn man in die Fläche geht, bekommt man eine feste Vergütung, muss weniger Nacht- und Wochenenddienste leisten. Man muss nicht mehr am Ort wohnen,

wo man als Arzt tätig ist. Heute kann man also in Koblenz wohnen und in der Eifel eine Praxis haben. An einem Punkt sind aber die Länder gefordert: bei der Auswahl der Medizinstudenten. Wir müssen weg vom Numerus clausus. Am liebsten würde ich ihn ganz abschaffen. Mindestens sollten aber andere Kriterien eine Rolle spielen, zum Beispiel eine Krankenpflegeausbildung. Bei denen ist es viel wahrscheinlicher, dass sie später in die Fläche gehen. Oder Stipendien-systeme: Wer einen zusätzlichen Studienplatz bekommt, verpflichtet sich, als Arzt fünf Jahre lang auf dem Land zu arbeiten.

Anderes Thema: Warum sollen junge Frauen Pflegerinnen werden?

Weil das ein Job mit hoher Arbeitsplatzsicherheit ist. Und in dem Beruf sieht man das, was man bewirkt. Und die Menschen sind für das dankbar, was man macht.

Aber als Pflegekraft wird man schlecht bezahlt.

Auch mit Pflege kann man gutes Geld verdienen. Der Beruf ist viel besser als sein Ruf. Man wird sicher nicht reich. Wir haben dafür gesorgt, dass die Vergütung besser wird. Das Einstiegsgehalt bei Erzieherinnen liegt bei 1900 Euro, in der Pflege sind es 2400 Euro.

Eine persönliche Frage: Hat Ihre kleine Tochter Ihren Blick auf die Politik verändert?

Ich gehe entspannter mit Kritik um. Denn es gibt Wichtigeres im Leben.

Das Gespräch führten die Redakteure **Manfred Ruch** und **Christian Kunst** sowie die Schülerreporterinnen **Rabea Ehrlich** und **Lena Adams**.

Schülerreporterin Lena Adams (13)

Lena Adams vom Max-von-Laue-Gymnasium in Koblenz ist kein unbeschriebenes Blatt, was den Journalismus betrifft. Bereits seit zwei Jahren macht sie mit in der Redaktion der Schülerzeitung „Die Hupe“ – und hat durch ihren ersten Bericht sogar so etwas wie einen kleinen „Medien-skandal“ ausgelöst. Auch im Jugendrat der Stadt Koblenz sitzt Lena. Ihr Berufswunsch steht fest: Sie will Journalistin werden.



Lena Adams

Von Koblenz-Niederberg ins Berliner Ministerium

Vita Daniel Bahr wuchs an Rhein und Mosel auf – Stiller Strategie statt lauter Rufer

Koblenz/Berlin. Kurz vor dem Interviewtermin bei der Rhein-Zeitung hat Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) noch Station in der Casinostraße betreibt sein alter Freund aus Kindergartenzeiten, Axel Junge, ein Café. Dort hält der Tross des FDP-Politikers kurz. Doch Junge ist gerade nicht da. Also kauft Bahr einen Kaffee und fährt weiter zur RZ.

Der 36-Jährige ist ein echter Kolwenzler Schängel, geboren zwar in Lahnstein, doch aufgewachsen ist er in einem Reihenhaushaus im Stadtteil Niederberg, ehe die Fa-

milie nach der Kindergartenzeit gen Münster zog.

2011, als er gerade Gesundheitsminister geworden war, besuchte er den Kindergarten Sonnenblume und erzählte, wie ihn sein Vater, ein Polizist, einmal mit Blaulicht vom Kindergarten abholte – nur, weil Daniel dann sehr stolz war. Als ihn indes die Mutter vom Spielplatz mitnehmen wollte, schrie er die Nachbarschaft zusammen – aus Protest.



Daniel Bahr

In seiner Partei gilt der gelernte Bankkaufmann eher nicht als lautes Sprachrohr, sondern als stiller Strategie. In den turbulenten Tagen nach dem Sturz von Parteichef Guido Westerwelle im Frühjahr 2011 riet er seinem Vorgänger als Gesundheitsminister, Philipp Rösler, doch das prestigeträchtigere Wirtschaftsressort zu übernehmen. Dies sorgte erst für den Aufstieg Bahrs. Der bekam jedoch auch einen Dämpfer, als er nach der vorzeitigen Auflösung des NRW-Landtags im März 2012 sein Amt als Landeschef an Ex-Generalsekretär Christian Lindner verlor.

Schülerreporterin Rabea Ehrlich (16)



Rabea Ehrlich

Die 16-jährige Rabea Ehrlich macht seit einem Jahr in der Redaktion der Schülerzeitung „Die Hupe“ mit. Ihr Berufswunsch: Sie möchte auf Lehramt studieren, und zwar in den Fächern Englisch und Deutsch. Die Beziehung zur Politik wurde ihr in die Wiege gelegt. Ihre Mutter ist Bürgermeisterin in St. Sebastian. Rabea, die sich bei den Jungsozialisten engagiert, ist – wie Lena Adams – für ein Wahlrecht mit 16 Jahren.

Fragen aus dem Netz

1 2009 forderte die FDP mehr Netto vom Brutto. Der Spruch ist klanglos verhallt. Wieso sollte man jetzt FDP wählen?

Daniel Bahr: Weil wir in der Legislaturperiode gezeigt haben, dass wir mehr Netto vom Brutto erreichen. Der Rentenversicherungsbeitrag ist gesenkt worden, der Arbeitslosenversicherungsbeitrag sogar deutlich. Außerdem haben wir auch die Steuern reduziert, insbesondere für Familien und mittelständische Betriebe. Wir haben das Kindergeld und den Kinderfreibetrag erhöht. Wir haben nicht so viel erreicht, wie wir uns vorgestellt haben. Das lag aber auch an der Schuldenkrise in Europa, die dazu geführt hat, dass wir die Haushalte sanieren mussten. Trotzdem haben wir einen ausgeglichenen Haushalt erreicht. Jetzt wollen wir weg von neuen Schulden, wollen sogar Schulden abbauen. Wir sind die einzige Partei, die den Soll abschaffen will. Das wäre eine weitere Fortsetzung des Mottos „Mehr Netto vom Brutto“. Noch nie hatte der Staat so hohe Einnahmen durch Steuern. Wir haben ein Ausgabenproblem. Deshalb müssen wir uns darauf beschränken, was notwendig und wichtig ist. Das ist nicht das Geld des Staates, sondern das seiner Bürger. Daher müssen wir auf zusätzliche Steuern verzichten.

2 Bleibt die private Krankenversicherung erhalten, oder kommt eine Einheitskasse?

Das hängt vom Wahlergebnis ab. Wenn die FDP wieder in die Regierung kommt, werden wir die Wahlfreiheit erhalten. Rot-Rot-Grün, das ist die Alternative, würde die Wahlfreiheit abschaffen. Dann würden wir perspektivisch zu einer Einheitskasse kommen. Ich möchte, dass alle Menschen selbst entscheiden können, wie und wo sie sich versichern wollen. Das ist meine Vision. Notwendig ist, dass jeder die Grundleistung versichert hat. Ich will nicht, dass junge und gesunde Menschen sich nicht absichern, so dass sie die Behandlung bei einer späteren Krebsbehandlung nicht mehr bezahlen können. Deshalb müssen wir die Krankenversicherung weiterentwickeln. Die DeBeka hat eine Öffnungsaktion gestartet, die ich sehr gut finde: Alle Angestellten, die oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze verdienen, können in die private Krankenversicherung wechseln, mit begrenzten Risikozuschlägen. Da wird keine Gesundheitsprüfung mehr gemacht.

3 Warum werden Sie als privat versicherter Minister besser behandelt als Kassenpatienten?

Das werde ich nicht. Bei allen akut notwendigen Behandlungen – gibt es in Deutschland keinen Unterschied zwischen Kassen- und Privatpatienten. Was die Wartezeiten oder Zusatzleistungen angeht, hängt es davon ab, wie man sich versichert. Ich kann nur sagen: Wenn ich beim Arzt bin, dann muss ich erst einmal eine halbe Stunde über Gesundheitspolitik diskutieren, bis ich überhaupt dazu komme, mein Wehwechen zu benennen.



Das Interview im Netz

Das komplette Interview mit Gesundheitsminister Daniel Bahr finden Sie im Netz unter diesem **QR-Code** oder unter www.ku-rz.de/2xll

Wie ticken eigentlich die Finanzmärkte?

Wirtschaft Euro-Bonds und Transaktionsteuer sind große Themen im Wahlkampf und an der Börse – Wir haben bei Händlern nachgefragt

Von unserem Redakteur Dirk Eberz

■ **Frankfurt.** Der Raum wirkt verlassen. Leere Regale, das Licht ist gedämpft. Nur wenige Stühle sind besetzt. Keine Fernsehkamera schwenkt je in das Hinterzimmer des Frankfurter Börsenparketts. „Deshalb ist es hier ein bisschen unaufgeräumt“, scherzt Marc Renell. Die beiden Mitarbeiter des Vorstands der Renell Bank wirken vor einer Wand von Bildschirmen fast schon etwas verloren in ihrer Ecke. Doch die Händler genießen ihr Schattendasein abseits von Besuchergruppen und Journalisten. Niemand muss sich hier in Anzüge oder Kostüme zwingen. „Wir haben ja keinen Kundenverkehr“, erklärt Marc Renell.

Irgendwie scheint es da zu passen, dass gerade hier mit Griechenland-Anleihen gehandelt wird. Renell vertreibt die Wertpapiere in Frankfurt exklusiv. Nicht immer zu seiner Freude. Denn derzeit liegen die Staatsanleihen, mit denen sich das südeuropäische Land Geld beschaffen will, wie Blei in den Regalen. Und das, obwohl es zwischen 6 und 8 Prozent Zinsen gibt – je nach Tageskurs. Zum Vergleich: Für Bundesanleihen werden derzeit nicht mal mickrige 2 Prozent fällig. Doch die Deutschen haben ihre Schulden bisher immer brav zurückgezahlt. Griechenland hingegen ist bekanntlich pleite. Und wer will so jemandem schon sein Geld leihen? Also müssen sie in Sachen Rendite eine Schippe drauflegen, um Käufer zu locken.

„Die magische Grenze liegt bei 6 Prozent“, erklärt der Händler Eduardo Quintino. „Alles drüber ist für den Markt Müll“ – eine höchst riskante Anlage also. Denn

Bundestagswahl

Programme im Fokus



Im Rahmen unserer „Wahlzeit!“-Serie stellen wir die Programme der wichtigsten Parteien vor. Das Spektrum des für Jugendliche aufbereiteten Projekts U 18-Wahlen reicht dabei von Bildung bis zur Außenpolitik. Dabei greifen wir in Reportagen spezielle Themen heraus. Zum Auftakt geht's an die Frankfurter Börse.



Alle Kurse im Blick: der Frankfurter Börsenhändler Alexander Reitz an seinem Arbeitsplatz auf dem Parkett

Fotos: Werner Dupuis

keiner weiß, ob er sein Geld irgendwann mal wieder zurückbekommt. Die Kunden stehen somit nicht gerade Schlange. Aber wer kauft die Anleihen eigentlich? Grundsätzlich kann das jeder über die Hausbank tun. Bei Griechenland-Papieren sollte er aber Geld übrig haben – und im schlimmsten Fall mit einem Totalverlust rechnen. „Die Oma ist das eher nicht“, räumt Quintino ein.

Derzeit wird in der Politik heftig über Euro-Bonds diskutiert – ein heißes Wahlkampfthema. Dann würden wirtschaftlich starke Staaten wie Deutschland für schwächere mitbürgen. Griechenland käme also billiger an Geld heran, müsste deutlich weniger Zinsen zahlen. Für die Deutschen würde es hingegen wohl teurer. „Und sie müssten mithaften, wenn andere Staaten in wirtschaftliche Schiefelage geraten“, sagt Renell. Also mal wieder der Steuerzahler. Bisher profitiert Deutschland sogar von der Krise. „Wir gelten als sicherer Hafen“, sagt der Wertpapierexperte. „Der Staat kommt derzeit für fast nichts an Geld ran.“ Und auch die deutschen Aktienmärkte boomen.

Renell führt uns in einen Seitengang. Das grüne Telefon und das gleichfarbige Fax versprühen den spröden Charme der 90er-Jahre. Kein Stuhl, kein Fenster, kein Tisch. Auf gefühlt einem Quadratmeter wickeln die Frankfurter Börsenhändler früher ihre Geschäfte ab – im Stehen. „Drei Stunden ging das irgendwie“, sagt Renell. „Heute würden die Gewerkschaften wohl

Alarm schlagen.“ Bei fernmündlichen Aufträgen galt das gesprochene Wort. Ehrenkodex. Danach stürzten die Händler raus aufs Parkett. In dem Gemenge waren auch pantomimische Fähigkeiten gefragt. Wild gestikulierend, wurden Zahlen in den Raum geschleudert. So stellt man sich Börse vor.

Alles Geschichte. Heute geht es auf dem Parkett, das übrigens viel kleiner als im Fernsehen wirkt, beschaulicher zu. „Geschrei gibt's hier keins mehr“, sagt Renell. Dafür jede Menge Kameras. An den großen Tafeln rattert es längst nur noch für die Medien. Auf den Wänden flimmern die aktuellen Börsenkurse von Bombay und Kuala Lumpur über kleine Bildschirme. „Interessiert eigentlich keinen“, sagt Renell. Da steht die Show im Vordergrund.

Hier schlägt es also, das kalte Herz des deutschen Kapitalismus – heute allerdings im Ruhepuls. Die Kurve des Deutschen Aktienindex, die die Entwicklung der 30 größten Unternehmen im Land wiedergibt, zeigt kaum Ausschläge. Der Händler Alexander Reitz, der ebenfalls für die Renell Bank arbeitet, wirkt tiefenentspannt. „Sehr, sehr dünn heute“, sagt er. Gerade mal 100 000 Aktien hat er bisher gehandelt. Klingt nach ziemlich viel.

An Spitzentagen können es aber auch 10 Millionen sein. „Das sind die Tage, an denen es Spaß macht.“

Auf sieben Bildschirmen verfolgt er das Marktgeschehen anhand von kryptischen Kürzeln und Zahlenreihen, die auf den Monitoren aufleuchten. Dann klingelt es. „Eine Order“, sagt Reitz. Ein Kleinanleger will zehn Commerzbank-Aktien kaufen. Jetzt hat Reitz 15 Sekunden Zeit, um den Auftrag auszuführen. Wenige Mausklicks – und die Aktien wechseln den Besitzer. Wenn's richtig turbulent zugeht, können sich Händler da schon mal um ein paar Nullen vertun. Und einen Rückgängig-Knopf gibt es nicht. Gekauft ist gekauft. Alles schon passiert. „Mir zum Glück nicht“, sagt Reitz. „Aber Kollegen.“ Da können schnell mal ein paar Tausend Euro zusammenkommen. „Risiko-Management ist ein ganz großes Thema bei uns“, sagt Renell.

Richtig rund ging es an dem Tag, an dem Lehman Brothers Konkurs anmeldete und die Finanzkrise 2008 auslöste. Reitz erinnert sich genau. „Das war hektisch pur. Ich wurde mit Verkaufsaufträgen geradezu zugeworfen.“ Die Kurse sanken ins Bodenlose. Bei seinem Chef leuchten bei der Erinnerung indes die Augen. Denn Wertpapierhändler leben davon, dass Bewegung im Markt ist. Je mehr, des-

to besser. Bloß kein Stillstand. Denn sie kassieren bei jedem Klick über Gebühren mit. Eine Finanztransaktionsteuer, die bei jeder Order entrichtet werden müsste und europaweit bis zu 35 Milliarden Euro einbringen soll, stößt bei Renell folglich auf eher verhaltene Begeisterung. „Es würde uns nicht so sehr schaden, weil wir vor allem Privatanleger betreuen“, vermutet er. Bei dem Käufer der zehn Commerzbank-Aktien würden nur wenige Cent fällig. „Aber viele Profis würden wohl nach London oder New York ausweichen.“ Dort stemmt sich die Politik vehement gegen Regulierungen der Finanzmärkte. In Frankreich hingegen ist die Steuer bereits eingeführt worden – „und die Umsätze sind deutlich eingebrochen“, sagt Renell. Kapital kennt eben kein Vaterland.

Befürworter einer solchen Steuer wollen vor allem Spekulanten abschrecken oder zumindest zur Kasse bitten. Aber wer verbirgt sich eigentlich dahinter? „Sie sind auch einer“, sagt Renell, nachdem ich mich zuvor als Aktionär geoutet habe. Erwischt! „Günstig kaufen, teuer verkaufen – das ist nun mal das Grundprinzip des Handels.“ Und wie sieht es bei den Händlern selbst aus? Alle reich, wenn man dem gängigen Klischee glauben will. „Dann wäre ich nicht mehr hier“, sagt Eduardo Quintino. Und auch Renell will nicht von einer Goldgräberstimmung reden. „Die Zeiten sind vorbei. Die Umsätze sind stark gesunken.“ Rund 1 Milliarde Euro wird pro Monat auf dem Frankfurter Parkett umgesetzt. Im elektronischen Handel sind es bereits 80 Milliarden Euro.



„Wir gelten als sicherer Hafen. Der Staat kommt derzeit für fast nichts an Geld ran.“

Der Wertpapierexperte Marc Renell sieht in der Euro-Krise auch große Vorteile für Deutschland.



Von Staatsanleihen bis zur Finanztransaktionsteuer

Glossar Kleiner Kompass durch den Börsensdchungel

Staatsanleihen: Mithilfe von Staatsanleihen verschaffen sich Länder Geld, um etwa in Straßen oder Schulen investieren zu können. Kaufen kann diese Wertpapiere jeder Bürger. Er erhält dafür Zinsen. Wertpapiere von Ländern mit einem soliden Staatshaushalt gelten als eine der sichersten Geldanlagen. Die Rendite ist in diesem Fall oft niedrig, dafür ist das Risiko sehr gering. Als die kreditwürdigsten Staaten gelten Deutschland, die Schweiz, Kanada und Australien.

Es gibt aber auch zahlreiche Beispiele, wo Staaten ihre Schulden nicht mehr bedienen konnten und schließlich den Staatsbankrott ausgerufen haben. Länder mit hoher Schuldenlast müssen höhere Zinsen auf ihre Anleihen zahlen, um an Geld zu kommen, weil sie weniger Sicherheit bieten. Jüngste

Beispiele von Zahlungsausfällen bei Staatsanleihen sind Griechenland und Argentinien.

Euro-Bonds: Euro-Bonds werden derzeit kontrovers diskutiert. Mithilfe dieser Anleihen könnten die EU-Staaten gemeinsam Mittel an den Finanzmärkten aufnehmen. Das geliehene Geld würde anschließend zwischen den beteiligten Staaten aufgeteilt, die auch gemeinsam für Zinsen und Rückzahlung haften. Der Vorteil: Besonders Krisenstaaten wie Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien könnten wieder zu erträglichen Zinssätzen Kredite aufnehmen. Befürworter versprechen sich davon zumindest ein vorläufiges Ende der Euro-Krise. Der Nachteil: Gegner befürchten, dass Euro-Bonds Krisenstaaten den Druck zu Reformen

und Einsparungen nehmen würden, sodass diese weiter relativ ungeniert Geld ausgeben könnten. Zudem dürften die Zinssätze von Euro-Bonds deutlich über denen deutscher Staatsanleihen liegen, was zu erheblichen Mehrausgaben der Deutschen führen würde.

Finanztransaktionsteuer: Mit einer solchen Steuer soll die Finanzbranche an den Kosten der Wirtschaftskrise beteiligt werden. Zudem sollen die Anreize für Spekulationen gesenkt und neue Steuermittel erschlossen werden. 2011 legte die Europäische Kommission einen entsprechenden Gesetzentwurf vor. Demnach sollten Geschäfte mit Aktien und Anleihen mit 0,1 Prozent besteuert werden. Die EU erhoffte sich davon Einnahmen von rund 50 Milliarden Euro, die großteils den Mitgliedsländern zugutekommen sollten. Eine Finanztransaktionsteuer auf EU-Ebene scheiterte jedoch 2012 am



Das Parkett der Frankfurter Börse aus dem Blickwinkel der Kameras

Widerstand von Großbritannien und Schweden. Bei der Alternative, die Steuer nur in der Euro-Zone einzuführen, legten sich Luxemburg und die Niederlande quer. In einem neuen Anlauf haben sich elf EU-Länder für die Steuer ausge-

sprochen – darunter auch Deutschland. Sie soll nun jährlich 30 bis 35 Milliarden Euro einbringen. Frankreich hat sie als erster EU-Staat bereits eingeführt. In Deutschland rechnen Experten in diesem Jahr mit keiner Entscheidung mehr.

Das wollen die Parteien

Heute: Wirtschaft

SPD

- Förderung des Mittelstands, unter anderem durch eine Verknüpfung mittelständischer Unternehmen mit Industriebetrieben
- Stärkere Regulierung der Finanzmärkte – zum Beispiel durch strengere Eigenkapitalvorschriften für Banken
- Einführung der Finanztransaktionsteuer in Europa
- Festgeschriebenes Maximalverhältnis zwischen Grundgehalt und Boni bei den Manageregehältern

Bündnis 90/ Die Grünen

- Schuldenbremse für Banken
- Kontrolle international aktiver Banken durch eine europäische Bankenaufsicht
- Stärkung von Mittelstand, Familienunternehmen und Selbstständigen
- Anstelle des Bruttoinlandsprodukts Einführung eines „grünen Wohlstandskompasses“: Bemessung von Wohlstand an Lebensqualität und Umweltzustand

CDU/CSU

- Verteidigung des Euro durch alle Euro-Staaten
- Einführung einer europäischen Bankenaufsicht
- Umschuldungsverfahren innerhalb der Euro-Zone für Staaten, die ihre Schulden nicht mehr tragen können
- Keine Steuererhöhungen für die mittelständischen Unternehmen
- Deutschland soll bis 2020 zum digitalen Wachstumsland Nummer eins in Europa werden.

Linke

- Einführung einer Finanztransaktionsteuer
- Beteiligung der Banken an den Krisenkosten
- Soziale Rechte sind wichtiger als Freiheit des Kapitals
- Investitionsprogramm zum Abbau von Massenarbeitslosigkeit
- Gesetzliche Regelung, um den Verkauf von Produkten zu gewährleisten, die unter menschenwürdigen Bedingungen hergestellt wurden

Piraten partei

- Ablehnung der Finanzierung von Staatsschulden über die Europäische Zentralbank
- Europäischer Aufsichtsmechanismus gegen „Kreditexzesse“
- Stärkung der Rechte der Menschen in weniger stark industrialisierten Ländern am Weltmarkt
- Schutz für alle, die Fälle von Korruption, Insiderhandel oder Ethikverstöße öffentlich machen

FDP

- Stärkung der Finanzierung für kleine und mittlere Unternehmen
- Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank
- Gemeinsame europäische Aufsicht für systemrelevante Banken
- Freier Verkehr von Waren und Dienstleistungen in der Europäischen Union

Partei Mensch Umwelt Tierschutz

- Rettungspakete für die Notleidenden Staaten Südeuropas auf Höchstsummen und maximale Zeitspannen begrenzen
- Verbot von gleichzeitigem Mandat in Parlamenten und Tätigkeit in Vorständen oder Aufsichtsräten von Unternehmen

Quelle: Bundesinitiative U 18-Wahlen. Mehr Infos gibt es unter www.u18.org.



Diskutierten mit dem CDU-/CSU-Fraktionschef Volker Kauder (CDU, Mitte) kontrovers über die Themen Steuern, Bildung und Syrien-Flüchtlinge (von links): Redakteur Manfred Ruch, Schülerreporter Daniel Ternes, Redakteur Christian Kunst und Schülerreporter Robert Stein.

Fotos: Sascha Ditscher

Kauder: Wir erhöhen keine Steuern

Wahlzeit Unionsfraktionschef schließt auch höhere Neuverschuldung aus – Für ein Wahlrecht ab 16 Jahren in den Ländern

Als 16-Jähriger hat der heutige Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) gegen seinen Schulleiter in Baden-Württemberg, einen Christdemokraten, revoltiert. Kauder war damals in die CDU eingetreten und kämpfte für eine eigene Schülerzeitung. Der Name: „Enthüllung“. Im „Wahlzeit!“-Interview spricht sich Kauder für ein Wahlrecht ab 16 Jahren auf Länderebene aus. Hier Auszüge aus dem Gespräch, das mit Fragen unserer Leser per E-Mail, Twitter oder Facebook angereichert wurde.

Sie sind mit 16 Jahren in die CDU eingetreten. Was hat denn die CDU mit der vor 48 Jahren zu tun?
Unheimlich viel: die Europapolitik, die deutsche Einheit und eine Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes.

Wo ist denn das C in der CDU geblieben? Ist es christlich, wenn wir von Millionen Flüchtlingen aus Syrien nur 5000 aufnehmen?
Wir machen keine christliche Politik. Das Christliche findet in der Kirche statt. Wir machen Politik auf der Grundlage eines christlichen Menschenbildes, das sehr viel mit Freiheit zu tun hat. Wir nehmen erst einmal 5000 Flüchtlinge auf. Das heißt, dass sie kein Asylverfahren durchlaufen müssen. Wir haben aber auch gesagt, dass die Länder weitere Flüchtlinge aufnehmen können. Es gibt keine Begrenzung. Aber es ist doch keine Lösung des Konflikts, Millionen Flüchtlinge nach Europa zu holen.

Dürfen die Syrer denn bleiben?
Ja. Aber ich habe mit vielen von ihnen gesprochen. Sie möchten wieder zurück nach Syrien. Wir dürfen die ganze Diskussion aber nicht zu

sehr auf die Flüchtlingsfrage konzentrieren. Wir müssen dafür sorgen, dass die gesamte Region stabilisiert wird. Die Vertreibung aus der eigenen Heimat, das weiß ich aus der Geschichte meiner eigenen Familie, ist etwas Dramatisches.

Wie stehen Sie zu einer Intervention in Syrien?
Ich halte eine militärische Lösung für ausgesprochen problematisch. Ich habe einen sehr engen Kontakt zu den Christen in Syrien, die voller Sorge sind. Welchen Sinn ergibt es, jemanden zu bestrafen, ihm dann aber zu erlauben, einfach weiterzumachen – nur nicht mit Chemiewaffen. Andererseits muss eine Reaktion erfolgen.

Was wäre aus Ihrer Sicht der deutsche Anteil an einem Militärschlag?
Wir Deutschen beteiligen uns nicht an einer militärischen Intervention. Wir können Hilfe nur im humanitären Bereich leisten.

Welche Wünsche hatten Sie als Jugendlicher an die Politik?
Wir haben uns engagiert und haben keine Wünsche an die Politik formuliert. Wir wollten damals ein selbst verwaltetes Jugendhaus haben. Und wir wollten in der Schule mitbestimmen. Das mussten wir ja erst alles noch durchsetzen. Ich habe einen Kampf gegen den Schulleiter, einen Christdemokraten, geführt, damit wir eine Schülerzeitung bekommen. Die haben wir „Enthüllung“ genannt, was an sich schwierig war. Ich würde mir heute wünschen, dass mehr Jugendliche nicht nur im Netz rumturnen, sondern in die Parteien eintreten.

Sollte es dann nicht wenigstens bei Kommunalwahlen bundesweit ein Wahlrecht ab 16 geben?

Wir haben das in Baden-Württemberg. Und da gab es in meiner Region eine Oberbürgermeisterwahl. Da hätte man jetzt denken müssen, dass die Jugendlichen in Scharen zur Wahl gehen. Pustekuchen. Wenn man so etwas fordert, muss man auch wählen.

Aber Sie schaffen die Bundestagswahl ja auch nicht ab, nur weil wenige hingehen.
Von mir aus kann man den Jugendlichen das Wahlrecht für Landtags- und Kommunalwahlen ab 16 geben. Warum nicht ab 14? Ich würde aber auf gar keinen Fall ein Wahlrecht ab 16 Jahren für die Bundestagswahlen vorsehen. Denn eine Wahl bedeutet, Verantwortung zu übernehmen. Da hat sich das Volljährigkeitsalter bewährt.

Sie gelten als Merkels erster Berater in der Fraktion: Die Kanzlerin hat die SPD als „europapolitisch unzuverlässig“ bezeichnet. Hätten Sie ihr davon abgeraten?
Nein. Sie hat den Punkt getroffen. Die SPD hat zu den Themen Schuldenunion und Euro-Bonds schon die unterschiedlichsten Positionen vertreten. Ist das zuverlässig?

Aber bei allen Euro-Abstimmungen im Bundestag war die SPD immer auf Ihrer Seite.
Die haben in der Sache mitgestimmt. Aber doch nicht wegen uns, sondern weil sie europapolitische Verantwortung übernommen haben, wie wir das in der Opposition auch getan haben.

Das schwarz-gelbe Wahlprogramm würde laut Bundeswirtschaftsministerium die Neuschulden 2014 mehr als verdoppeln. Finden Sie es gut, dass wir die Schulden später abbezahlen müssen?

Das müssen wir sowieso bezahlen, weil wir 2,5 Billionen Euro Schulden haben. Was da aus dem Wirtschaftsministerium veröffentlicht wurde, entspricht nicht der Meinung der Führung des Ministeriums. Da haben einige Beamte Risiken aufgeschrieben. Wir werden ab 2015 keine neuen Schulden mehr aufnehmen, ab 2016 werden wir die Altschulden zurückbezahlen. Alles in unserem Wahlprogramm steht bis auf die Mütterrente unter dem Vorbehalt, dass es ohne neue Schulden finanziert werden kann.

Was wird es denn kosten, was Sie jetzt versprochen haben?
Die höhere Mütterrente für Frauen, die vor 1992 Kinder bekommen haben, kostet 6 Milliarden Euro pro Jahr, insgesamt 24 Milliarden Euro. Dafür brauchen wir weder einen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt noch einen höheren Rentenbeitrag. Die Beseitigung der kalten Progression macht 3 Milliarden Euro für den Bund und dieselbe Summe für die Länder aus. Dann kommen weitere 5 Milliarden Euro für den Verkehr. Die Finanzierung kann gelingen, wenn die Wirtschaft weiter gut läuft.

Sie werden also weder neue Schulden machen noch Steuern erhöhen?
Ja. Ein klares Ja.

Viele Bürger – 23 Prozent laut Umfragen – wünschen sich eine Große Koalition. Können Sie sich das auch vorstellen?
Wir wollen die Koalition mit der FDP fortsetzen. Das hat etwas mit Inhalten zu tun. Die von der SPD vorgeschlagene Europapolitik kann ich nicht akzeptieren. Auch die ganzen Steuererhöhungsorgien, die unsere Wirtschaft belasten würden, sind mit uns nicht zu machen.

2005 haben Sie wesentlich zum Zustandekommen der Großen Koalition beigetragen. Brauchen Sie diese Erfahrungen bald wieder?
Ich hoffe nicht. Wir haben es aber heute auch mit einer ganz anderen SPD zu tun. Der Spitzenkandidat der SPD schließt eine Große Koalition ja aus. Nach der Wahl kommt es auf ihn ohnehin weniger an. Dann entscheiden andere.

Wird es 2030 noch verbeamtete Lehrer geben?
Das müssen die Länder entscheiden. Ich bin der Meinung, dass wir den Beamtenstatus bei Lehrern behalten sollten.

Können wir uns Beamte denn noch leisten angesichts der Pensionslaster, die auf uns zurollen?
Für die Vergangenheit müssen wir es uns leisten können. Für die Zukunft können wir es uns leisten, wenn wir ausreichend Rücklagen bilden, was bisher versäumt wurde. Deshalb brauchen wir in der nächsten Legislaturperiode noch einmal eine Federalismuskommision, um diese Frage zu regeln.

68 Prozent der Bürger wünschen sich wie Peer Steinbrück eine Kopplung der Pensions- an die Rentenentwicklung. Und Sie?
Das kann man so nicht machen. In beiden Systemen gibt es Vor- und Nachteile. Der Beamte hat eine besondere Verpflichtung. Er muss sich seinem Dienstherrn mit Haut und Haaren verpflichten. Deshalb muss man dafür sorgen, dass Beamte ein auskömmliches Leben führen können. Das gilt auch für Pensionäre.

Das Gespräch führten die Schülerreporter Robert Stein und Daniel Ternes sowie die Redakteure Manfred Ruch und Christian Kunst

Schülerreporter Robert Stein (16)

Robert Stein vom Bischöflichen Cusanus-Gymnasium in Koblenz ist einer unserer Schülerreporter. Der 16-jährige, der die Leistungskurse Latein, Biologie und Sozialkunde belegt hat, ist kein Neuling in Sachen Politik. Er saß von 2009 bis 2013 im Jugendrat der Stadt Koblenz, ab 2011 als Vize-Vorsitzender. Stein, der auf der Koblenzer Karthause lebt, informiert sich aus Zeitungen und Fernsehen über Politik. Das letzte Schuljahr verbrachte er in Finnland.



Robert Stein

Der Chefklärer der Merkel'schen Kehrtwenden

Vita Volker Kauder gilt als einer der letzten Konservativen in der CDU

■ Koblenz/Berlin. Volker Kauder hat einen Lieblingssatz: „Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit.“ Auch im „Wahlzeit!“-Interview mit der Rhein-Zeitung fällt dieser Satz des Unionsfraktionschefs. Fast könnte man meinen, dass Kauder diesen Satz ganz speziell für seine Kanzlerin Angela Merkel (CDU) erfunden hat. Denn mit ihm leitet er meist die Erklärung für eine Kehrtwende der Regierungschefin ein. Und davon hat es in den vergangenen vier Jahren einige gegeben: bei der Energiewende nach dem Fukushima-Schock oder bei der Abschaffung der Wehrpflicht.

Im „Wahlzeit!“-Interview fällt der Satz bei der Frage nach einer möglichen Großen Koalition, die in der SPD derzeit niemand will, die auch Merkel nicht möchte, aber auch nicht ausschließt. Kauder sagt: „Die Wirklichkeit stellen die Wähler am 22. September her – und dann betrachten wir das.“

Auch wegen solcher Sätze hat es der 64-jährige Kauder an die Spitze der Unionsfraktion geschafft. Er ist



Volker Kauder

Mehrheitsbeschafter, aber auch Chefklärer der Merkel'schen Politik. Für viele gilt der Badener als einer der letzten Konservativen in der CDU-Spitze. Zusammen mit dem Koblenzer Unionsvize Michael Fuchs (CDU) war er einer der wenigen, die bis kurz vor der Energiewende an der Atomkraft festhielten. Doch dann änderte sich die Wirklichkeit und mit ihr auch die Politik der CDU. Insofern steht Kauder auch für den Schritt in die Moderne, die Abkehr vom einstigen Fundament der Partei – andere sagen: für das Wetterwendische der Kanzlerin.

Christian Kunst

Schülerreporter Daniel Ternes (16)

Auch Schülerreporter Daniel Ternes besucht das Cusanus-Gymnasium. Der 16-jährige, der auf der Koblenzer Karthause wohnt, war Bundessieger 2012 im Wettbewerb „Jugend debattiert“ und hat das erste Halbjahr 2013 in Kanada verbracht. Seine Leistungskurse sind Englisch, Chemie und Sozialkunde. Politik interessiert den jungen Zeitungsleser so sehr, dass er sich vorstellen könnte, diesen Weg einzuschlagen.



Daniel Ternes

Fragen aus dem Netz

1 Macht es mürrisch, in der Regierung zu sein? Für nichts wird man gelobt, die Opposition weiß immer, wie es besser geht.
Ich habe Oppositions- und Regierungsarbeit gemacht. Regierungsarbeit ist deutlich schöner. Da kann man was bewegen. Und ich bin nicht in der Politik, um gelobt zu werden. Es reicht mir schon, wenn ich nicht jeden Tag beschimpft werde.

2 Hat Sie die Resonanz auf Angela Merkels Deutschlandkette überrascht?
Ich habe die Kette ja schon einmal gesehen. Für mich war das keine Überraschung. Es hat mich aber ein wenig gewundert, was die Menschen in einer Zeit bewegt, in der es um wichtige Fragen geht.

3 Den allermeisten Menschen scheint die NSA-Spähaffäre egal zu sein. Vertrauen Sie der Regierung in dieser Frage?

Ich vertraue der Regierung. Ich gehe auch davon aus, dass in Deutschland die Gesetze eingehalten werden. Was die Amerikaner machen, kann ich nicht so genau sagen. Was ich gern hätte – in Frankreich geht das – ist, dass man den Menschen anbietet, ihre Kommunikation nur über deutsche Netze zu machen. Das wird etwas teurer, und es kann sein, dass die Qualität schlechter wird, weil's langsamer geht. Die Leute sollen entscheiden, ob sie das wollen oder nicht. Die Franzosen machen das, indem sie den Leuten mitteilen, dass sie ihre Telefonate nur im innerfranzösischen Netz führen. Bei uns ist es ja so, dass immer die billigste Lösung gesucht wird. Das kann dann bedeuten, dass eine E-Mail einmal über den großen Teich und zurück geht. Das kann man aber offensichtlich technisch ausschließen. Die allermeisten Menschen werden sich aber wohl fragen, warum die Amerikaner interessiert, was sie am Telefon sagen.

4 Wer kann denn Otto Normalbürger garantieren, dass da nicht doch jemand mithört?

Niemand. Ich weiß nicht, was andere Länder machen. Was der frühere SPD-Innenminister Otto Schily gesagt hat, dass er sich mehr Sorgen über die Terroristen macht als über den Staat, das kann ich nur bestätigen. Es gibt kriminelle Gruppen in unserem Land, die alles verkaufen – Telefon- und PIN-Nummern. Vor denen müssen wir uns schützen. Was dort alles geschieht, davor kann ich niemanden absolut schützen. Das Netz ist anfällig dafür, abgehört zu werden. Es war früher viel schwieriger, einen Brief abzufangen und zu lesen. Ich glaube nicht, dass wir die Nutzer des Internets 100-prozentig schützen können – es sei denn, die Wirtschaft erfindet Abwehrinstrumente.

5 Was raten Sie einem 16-Jährigen, der in die Politik einsteigen will? Sollte er das direkt machen oder erst einen Beruf lernen?

Er sollte beides machen. Er sollte einen Beruf lernen und in eine politische Gruppierung oder Partei eintreten. Das sollte er nicht zu spät tun. Denn er wird viel lernen.



Das Interview im Netz

Das komplette Interview mit Unionsfraktionschef Volker Kauder finden Sie im Netz unter diesem QR-Code oder unter www.ku-rz.de/kauderlive

Wahlrecht schon mit 16 Jahren – ja oder nein?

Jugendpolitik Zur Wahl befragen Kinder und Jugendliche die Parteien zu den drängendsten Problemen des Landes

Sind Sie für eine Senkung des Wahlalters?

SPD

Wir wollen das Wahlalter bei Kommunal-, Landes- und Bundestagswahlen auf 16 Jahre absenken.

Bündnis 90/Die Grünen

Ja. Wir wollen das Wahlalter senken, damit Jugendliche spätestens ab 16 Jahren wählen dürfen. Wir sind der Meinung, dass sie ein wichtiger Teil der Gesellschaft sind und deshalb aktiv mitbestimmen sollen. Wir fordern deshalb, für alle Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken.

CDU/CSU

Wir sehen eine Absenkung des



Wahlalters bei Bundestagswahlen eher kritisch. Wir halten es für wesentlich sinnvoller, wenn die Jugendlichen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld in der Familie, in der Schule oder auch im Verein auf ihr Leben als mündige Bürger vorbereitet werden. Dazu können Projekte wie das Jugendparlament einen wichtigen Beitrag leisten. Gerade junge Menschen sollten die Mitwirkung an demokratischen Prozessen einüben und wissen, worin sich die Forderungen der einzelnen Parteien unterscheiden.

Die Linke

Wir fordern eine Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre und die Schaffung von mehr Möglichkeiten der direkten Mitbestimmung (nicht nur) für Kinder und Jugendliche. Das muss in Deutschland und international möglich werden. Auch das Engagement in Europäischen Sozialforen, Jugendverbänden und Gewerkschaften ist sehr wichtig

für ein friedliches, demokratisches, ökologisches und gerechtes Europa.

Piratenpartei

Ja, wobei wir uns noch nicht so ganz sicher sind, ob das Wahlalter auf 16 oder noch weiter gesenkt werden soll. Wir sind der Überzeugung, dass jeder seine politischen Vertreter wählen können sollte, wenn er von ihren Entscheidungen betroffen ist.

FDP

Die FDP hält an der Grenze von 18 Jahren für das Wahlalter zur Bundestagswahl fest. Die Möglichkeit der Teilnahme an Wahlen hängt aus Sicht der Liberalen mit der Volljährigkeit zusammen. Denn da, wo Rechte verliehen werden, müssen auch Pflichten übernommen werden.

Für Kommunalwahlen kann das Wahlalter dagegen gesenkt werden. Auch sind Initiativen wie Jugendparlamente unterstützenswert, um das Interesse von Jugendlichen an Politik zu fördern.



Sollen Kinder in politische Entscheidungen einbezogen werden?

Mitreden Mehr Mitbestimmung oder sogar ein Wahlrecht für Kinder: Wofür stehen die Parteien?

Bei vielen Entscheidungen werden wir nicht mit einbezogen. Was können Sie tun, um auch Kinder und Jugendliche in politische Entscheidungen mit einzubeziehen?

SPD

Wir wollen unsere Gesellschaft noch demokratischer machen. Alle Menschen sollen dort an Entscheidungen beteiligt sein, wo sie davon betroffen sind. Das gilt natürlich auch für Kinder und Jugendliche. Deshalb wollen wir die demokratische Mitbestimmung in Kitas, Schulen, Hochschulen und Ausbildungsbetrieben stärken. So können Kinder und Jugendliche Demokratie von Anfang an lernen und leben.

Bündnis 90/Die Grünen

Wir nehmen Kinder und Jugendliche ernst. Deshalb wollen wir echte Mitwirkungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Das Wahlalter wollen wir absenken, damit Jugendliche spätestens ab 16 Jahren wählen dürfen. Außerdem wollen wir zum Beispiel Jugendparlamente oder Jugendbeiräte fördern, die ein Antrags- und Stimmrecht für politische Entscheidungen haben. Damit sich bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auch wirklich etwas verbessert, wollen wir das Recht auf Beteiligung im Grundgesetz verankern.



Menschen in Kontakt treten und den Dialog suchen. In der Jungen Union, unserer Jugendorganisation, können junge Menschen die Anliegen ihrer Generation vertreten. Mit Unterstützung der Jugendverbände lernen die Kinder und Jugendlichen, ihre Interessen wahrzunehmen und zusammen mit der Politik umzusetzen.

CDU/CSU

Jugendliche interessieren sich für politische Inhalte. Deshalb sind CDU und CSU zum Beispiel in sozialen Netzwerken präsent, wo unsere Politiker direkt mit jungen



Kinder an die Macht? Die Parteien haben ganz unterschiedliche Ideen, wie Kinder und Jugendliche in (politische) Entscheidungen einbezogen werden können. Während SPD und Grüne zum Beispiel mehr Mitbestimmung fordern, denken die Piraten sogar über ein Wahlrecht für Kinder nach. Foto: dpa

Die Linke

Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche an all den Orten, an denen sie sich bewegen, mitbestimmen und sich beteiligen können: im Wohnumfeld mit Spiel- und Sportplätzen, in den Schulen, Kitas und anderen Kinder- und Jugendeinrichtungen. Dafür müssen

Strukturen der Mitbestimmung geschaffen und Geld bereitgestellt werden. In unseren eigenen politischen Entscheidungen versuchen wir, die Sicht von Kindern und Jugendlichen mit einzubeziehen.

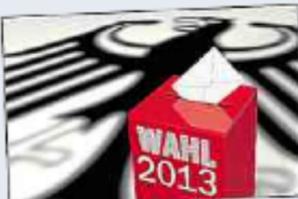
Piratenpartei

Wir wollen, dass auch Jugendliche

wählen dürfen. Vielleicht sogar schon Kinder, das diskutieren wir noch. Ihre Stimme soll genauso viel zählen wie die Stimme von Erwachsenen. Wir unterstützen auch, dass Kinder viel mehr als bisher zum Beispiel in Kinderparlamenten an der politischen Entscheidungsfindung beteiligt werden. Außerdem wollen wir Schulen noch mehr

Bundestagswahl

18 Fragen an Parteien



Kinder und Jugendliche haben viele Fragen an „die da oben“. Doch oftmals sind öffentliche Aussagen von Politikern schwer zu verstehen. Aus diesem Grund haben Kinder und Jugendliche Fragen an Parteien formuliert, deren Antworten von der Wahlinitiative U18 in eine jugendgerechte Sprache „übersetzt“ und von den Parteien autorisiert wurden.

➔ Weitere Informationen gibt es unter www.u18.org

demokratisieren, das heißt, dass Schüler aktiv mitbestimmen sollen, was an ihrer Schule passiert. Wir finden es seltsam, junge Menschen unter 18 Jahren komplett aus der Politik rauszuhalten und dann zu erwarten, dass sie plötzlich politisch voll „mitsprechen“. Sinnvoller finden wir es, wenn schon früh „Demokratie geübt“ wird, zum Beispiel eben an Schulen.

FDP

Das Einbeziehen von Kindern und Jugendlichen in Entscheidungen ist ein Thema, das in viele Bereiche der Politik hineinragt. Wir werden darauf achten müssen, bei der Erneuerung von Gesetzen auch immer an Kinder und Jugendliche zu denken. Eine Möglichkeit, eure Entscheidung deutlich zu machen, ist die U 18-Wahl. Neun Tage vor der echten Bundestagswahl dürfen alle unter 18 ihre Stimme abgeben, unter nur leicht veränderten Bedingungen.

Brauchen Kinder mehr Rechte?

Schutz Fast alle Parteien sind dafür, die Kinderrechte in das Grundgesetz aufzunehmen

Auch wir Kinder haben Rechte. Was wollen Sie tun, um die Kinderrechte zu fördern?

SPD

Wir wollen jede politische Maßnahme und natürlich auch jedes Gesetz daraufhin überprüfen, ob sie zu vereinbaren sind mit den international vereinbarten Kinderrechten. Außerdem wollen wir die Kinderrechte im Grundgesetz verankern und damit deutlich machen, dass Kinder und Jugendliche mit ihren Rechten und ihren Interessen ernst zu nehmen und anzuerkennen sind.



Bündnis 90/Die Grünen

Wir Grünen treten dafür ein, dass die Rechte von Kindern und Jugendlichen gestärkt werden. Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen gefördert und geschützt werden. Und wir wollen Mitwirkungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Deshalb wollen wir die Rechte von Kindern und Jugendlichen ins Grundgesetz aufnehmen. Von den Vereinten Nationen gibt es ein „Übereinkommen über die Rechte des Kindes“, kurz UN-Kinderrechtskonvention. Darin ist unter anderem das Recht auf Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung festgelegt. Darüber hinaus gibt es auch noch das Recht auf Bildung sowie das Recht auf Freizeit, Spiel und Erholung. Wir wollen die Umsetzung der Kinderrechtskonvention vorantreiben. Zudem wollen wir wieder einen Aktionsplan für ein kindgerechtes Deutschland starten.

CDU/CSU

In unserer Verfassung werden die Rechte aller Menschen, unabhängig von ihrem Alter, bereits umfassend geschützt. Abgesehen davon haben wir 2012 ein eigenes Kinderförderungsgesetz beschlossen. Außer-



dem betrachten wir Fragen des Sorgerechts, des Adoptionsrechts und alle weiteren familienpolitischen Maßnahmen immer besonders unter dem Blickwinkel, ob sie gut für die betroffenen Kinder sind.

Die Linke

Die Linke unterstützt die Forderung, Kinderrechte in das Grundgesetz aufzunehmen. Dazu arbeiten wir sehr eng mit vielen Vereinen und Verbänden zusammen. Wichtige Partner sind hier für uns das Kinderhilfswerk, der Kinderschutzbund und Unicef. Kinderarmut wirksam bekämpfen und jedem

Kind ein Recht auf Bildung und Beteiligung sowie bestmögliche Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit gewährleisten – das sind für uns die wichtigen Argumente. Manche sagen, Kinder sind ja auch Menschen, und deren Grundrechte sind ja bereits im Grundgesetz enthalten. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Das beweisen die geringen Hartz-IV-Zahlungen für unter 18-Jährige, die den Bedürfnissen von Kindern nicht gerecht werden. Aber auch die Versuche, den Jugendarbeitsschutz zu verschlechtern und die Verweigerung, gesellschaftliche Mitbestimmung, hochwertige Bildung und Betreuung, die Gleichstellung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen sowie das Verbot von Kinderarbeit rechtlich festzuschreiben, zeigen das! Zur Erreichung dieses Zieles werden aber noch einige Hindernisse zu überwinden sein. Die Linke wird alles dafür tun, um die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz zu erreichen.

Piratenpartei

Zum Glück wohnen wir in einem Land, in dem die meisten der von der UN geforderten Kinderrechte schon gelebt werden. Trotzdem setzen wir uns für eine Aufnahme dieser Rechte im Grundgesetz ein. Manche dieser Rechte sind allerdings nur sehr schwer umsetzbar. Etwa der Schutz vor Trennung von den Eltern gegen den Willen des Kindes. Da müssen auch die Interessen der Eltern beachtet werden. Denn wenn die nicht mehr miteinander können, ist es auch für die Kinder eine Qual.

FDP

Zuerst haben wir die Vorbehalte gegenüber der UN-Kinderrechtskonvention zurückgenommen. Keine andere Regierung seit 1992 hat diese Chance genutzt. Außerdem haben wir Deutschlands erstes Kinderschutzgesetz beschlossen sowie die Klagemöglichkeit gegen Kinderlärm abgeschafft.



Passgenau, aber trotzdem noch zu unterscheiden: So stellen sich Experten die funktionierende Integration vor.

Wann ist man integriert?

Serie Im Wahlkampf wird zwar über Integration gesprochen, aber eigentlich verstehen alle etwas anderes darunter

Von unseren Redakteuren
Rena Lehmann und Dietmar Teiser

Berlin/Rheinland-Pfalz. Ist ein Ausländer integriert, wenn er ein schönes Deutsch spricht und einen festen Arbeitsplatz hat? Wenn er einen Gartenweg aufstellt und im Schützenverein ist? Oder wenn er sich an Recht und Ordnung hält? Was heißt das eigentlich: integriert sein? Und wer legt das fest? Eine Reise durch das Land mit immer derselben Frage: Was bedeutet Integration?

Wenn es so ist, wie der **Koblenzer Fußballtrainer Milan Sasic** (54) meint, dann ist eine Mannschaft nichts anderes als ein Miniaturbild der Gesellschaft. Die Spieler, das sind die Bürger, und er, der Trainer, er ist so etwas wie ein Manager oder ein Politiker, der die Gemeinschaft führt. Wird Sasic gefragt, was für ihn Integration bedeutet, dann spricht er deshalb über ein Spiel und wie jeder dabei auf seinen Mitspieler angewiesen ist. „Jeder einzelne Spieler braucht einen Mitspieler, um erfolgreich zu sein“, sagt er. Der Stürmer der Mittelfeldspieler, der Tormann der Verteidiger, unabhängig von der Herkunft, den Eigenarten und der kulturellen Prägung. „Eine Fußballmannschaft muss eine Einheit werden“, sagt Milan Sasic, „allein kann kein Spieler ein Spiel gewinnen.“ Und um nichts anderes gehe es in einer Gesellschaft.

Sasic hat in wenigen Jahren die TuS Koblenz von der Amateurliga bis in die zweithöchste Klasse geführt. Bei der TuS spielten Deutsche, Türken, US-Amerikaner, Albaner, Serben, Bosnier und Kroaten. „Serbien, Bosnien und Kroatien“, wiederholt Sasic, Länder, die wenige Jahre zuvor noch gegeneinander Krieg geführt hatten. Sasic hat das Team zu einer Mannschaft geformt. Weil er die unterschiedlichen Mentalitäten, wie er sagt, integriert hat. „Ehrlichkeit und Respekt“, sagt Sasic, das ist der Schlüssel zur Integration, denn dann entsteht auch Vertrauen. Und es muss nicht immer harmonisch ablaufen. Oft genug bedeutet Integration Reibung und Missverständnisse. Integration ist nicht immer nett, sagt Sasic. Entscheidend sei, dass sie zu Erfolgen führt.



„Jeder Spieler braucht einen Mitspieler, um erfolgreich zu sein.“

Milan Sasic, Fußballtrainer

Ali Kizilirmak (51) murrte ein wenig, wenn er das Wort Integration hört. Der **Restaurantinhaber** macht gerade Mittagspause, sitzt an einem Tisch seines Restaurants Göreme in der Westerburger Altstadt und löffelt eine Suppe. „Ich muss mich immer dann mit dem Begriff beschäftigen, wenn die Politik das Thema wieder einmal entdeckt hat“, raunt er. Kizilirmak lebt seit 30 Jahren in Deutschland, seit 15 Jahren im Westerwald, er spricht hervorragend Deutsch, man kann sagen, dass er längst angekommen ist in dem Land. „Erst wenn die Politiker über Integration reden, wird mir bewusst, dass ich eigentlich aus dem Ausland stamme.“

Kizilirmak fährt ein Suzuki-Motorrad. Früher dachte er, Motorradfahrer, das sind sonderbare Menschen, tätowiert, lange Haare, seltsame Typen. Heute fährt er mit Freunden auf dem Motorrad durch Deutschland. „Was heißt schon gut oder schlecht integriert?“, fragt er. „Wenn jemand Blödsinn macht, dann ist doch egal, wo er herkommt. Dann hat er eben Blödsinn gemacht.“

Kizilirmak hat seine alte Staatsbürgerschaft abgegeben. „Ich bin Deutscher geworden, weil ich mitentscheiden will“, sagt er, „ja, ich freue mich auf die Wahl.“ Er hätte seinen alten Pass gern behalten. Denn auch die Türkei ist seine Heimat geblieben. Drei Jahre hat er dort gearbeitet und nun seinen Rentenanspruch verloren. Die doppelte Staatsbürgerschaft wird von der CDU verhindert. Mit der Entscheidung für eine Staatsbürgerschaft muss er sich festlegen: „Entweder man ist drin oder draußen.“

Immer mehr Menschen stehen vor denselben Fragen wie Kizilirmak. Das zeigt sich in Siershahn im Westerwald. Gerade wird die Kirmeis vorbereitet. Schausteller bauen ihre Stände auf, die Straße wird gesperrt. Die Kirmeis ist für **CDU-Ortsbürgermeister Alwin Scherz** auch ein Gradmesser der Integration. Er sagt: „Integriert ist jemand, wenn es selbstver-



„Integriert ist jemand, wenn es selbstverständlich ist, dass er bei einem Fest dabei ist.“

Alwin Scherz, Ortsbürgermeister

ständig ist, dass er bei einem Fest dabei ist.“ Die Region ist bekannt für ihre Tonvorkommen. „Unser Rohstoff ist das Gold des Westerwaldes“, sagt Scherz. Für das Schürfen sorgten in den vergangenen Jahrzehnten immer häufiger Ausländer. Die 2900-Einwohner-Gemeinde hat einen Ausländeranteil von 14 Prozent. In Zukunft wird sich der Ort auf eine weiter wachsende Zuwanderung einstellen. Die Bevölkerung altert, immer weniger junge Familien leben in Siershahn, die örtlichen Unternehmen benötigen Fachkräfte. „Wir wollen als Ort eine Zukunft haben, wir brauchen Zuwanderung“, sagt Scherz deshalb. Das wird nicht ohne Anstrengung gehen. Für Scherz funktioniert Integration vor allem über Sprache. „Es ist wichtig, dass Zuwanderer die deutsche Sprache beherrschen.“ Zu oft stellt er noch fest, dass Kinder im Umgang mit Behörden für ihre Eltern übersetzen müssen. Viele Leute seien gut ausgebildet, könnten aber wegen der schlechten Sprachkenntnisse keine Stelle finden. „Das ist fatal“, sagt er, „hier muss der Staat ansetzen. Wir produzieren sonst nur noch mehr Arbeitslosigkeit.“

Für **Seelsorger Reinhard Behnke** (55) ist die Sprache das wichtigste Arbeitsmittel. Man findet ihn im Polizeipräsidium am Moselring in Koblenz. Der evangelische Pfarrer berät Polizisten und unterrichtet an der Fachhochschule. Früher hat er in einer Kinderklinik gearbeitet. Das hat auch sein Verständnis von Integration geprägt. „Integration ist das Zusammenfügen von Dingen, die nicht auf Anhieb zusammenpassen, aber zusammengehören“, sagt er und nennt ein Beispiel aus der Kinderklinik. „Wenn Eltern hören, dass ihr Kind chronisch krank ist, dann widerspricht dies ihrem Lebensentwurf.“ Integration heißt hier: „Ich muss eine Akzeptanz schaffen für das Fremde, das in mein Leben eingebrochen ist, das aber trotzdem zu mir gehört.“ Integration heißt für ihn nicht, dass sich

beide Seiten schicksalhaft anpassen müssen. „Integration bedeutet ein Zusammenfügen, durch das sich beide Teile verändern.“ Es gilt, Empörung und Irritation wahrzunehmen. „Nur wer das Fremdheitsgefühl ernst nimmt, der kann auch einen Teil der Wut verhindern.“ Behnke sagt aber auch: „Ich möchte nicht gern über Definitionen sprechen, denn definiert wird oft, um anderes auszuschließen.“



„Integration ist das Zusammenfügen von Dingen, die nicht auf Anhieb zusammenpassen, aber zusammengehören.“

Polizeiseelsorger
Reinhard Behnke

Die von Amtswegen **höchste Instanz in Integrationsfragen** sitzt Hunderte Kilometer entfernt im Berliner Bundeskanzleramt. **Maria Böhmer**, CDU, 63 Jahre alt, blickt hier von ihrem Schreibtisch in der fünften Etage direkt auf den Reichstag. Zwei Stockwerke darüber hat Angela Merkel ihr Büro. Integrationspolitik ist seit 2005 ins Zentrum der Macht gerückt. Heinz Kühn von der SPD war 1978 der erste Ausländerbeauftragte auf Bundesebene, seither war das Amt lange Zeit beim Arbeits- und Sozialministerium angeordnet, seit 2002 im Familienministerium. Maria Böhmer ist die erste Staatsministerin in dem Amt, auch das kann als Aufwertung des Themas gedeutet werden. Sie hat jedoch weder ein eigenes Budget zu verteilen, noch kann sie selbst Gesetzesinitiativen anstoßen. Maria Böhmer veranstaltet viele runde Tische und Dialoge. Aber auf die Frage, was Integration ist, hat nicht einmal sie eine einfache Antwort

parat. Die Bundesregierung misst den Stand von Integration anhand von Zahlen. Wie viele Kinder mit ausländischen Eltern besuchen die Kita? Wie gut sind die Sprachkenntnisse? Welche Bildungsabschlüsse werden erreicht? Wie viele Ausländer haben eine Arbeit? „Aber das ist letztlich nur Statistik“, sagt Böhmer. „Integration heißt gleichberechtigte Teilhabe, damit jemand alle Chancen, die ein Land bietet, nutzen kann.“ Integration heißt für sie, in diesem Land anzukommen. Es handle sich um einen „wechs-

selseitigen Prozess“. Wer herkommt, muss sich bemühen, wer schon da ist, muss offen sein. In der Integrationspolitik wird gern mit Phrasen hantiert. Böhmer spricht seit Langem von einem „Klimawandel hin zu einer Willkommenskultur“, der gelingen müsste. Sie sagt, dass es „noch nie so viel Integration in Deutschland gab wie heute“.

Beim **Sachverständigenrat für Migration und Integration** ist man sozusagen professionell auf der Suche nach der Definition von Integration. Am Hackeschen Markt in Berlins junger Mitte tobt das internationale Leben. Akkordeonspieler aus Rumänien ziehen an den Tischen vorüber, an denen junge Spanier sich von ihrer Besichtigungstour durch das Regierungsviertel ausruhen. Über der vielstimmigen Partymeile thront in einem Bürohaus der Sachverständigenrat für Integration und Migration. Erst 2008 von acht Stiftungen gegründet, ist das Forscherteam heute eine Instanz geworden. In jedem Frühjahr legen sie einen Bericht vor, wie es um die Integration von Migranten in Deutschland steht. In den nüchternen Büroräumen hängen keine Bilder. Die Vorsitzende Christine Langenfeld spricht von einem „partizipatorischen Integrationsbegriff“. Langenfeld erklärt, was das heißen soll: „Der Sachverständigenrat definiert Integration als chancengleiche Teilhabe aller Menschen in allen Lebensbereichen.“ Früher ist Integration als „gemeinsamkeitsloses Nebeneinander“ missverstanden worden. Heute, sagt sie, „hat sich ein Verständnis von Integration als einem Prozess auf Gegenseitigkeit durchgesetzt“. Beim Sachverständigenrat tut man sich schwer mit einer kurzen Erklärung. „Von gelungener Integration kann man sprechen, wenn der Einzelne seinen Neigungen und Fähigkeiten entsprechend am gesellschaftlichen Leben teilnimmt.“ Hier ist man stolz darauf, dass diese weite Definition des Beirats von Integration „in einem ganz breiten politischen Spektrum mittlerweile Standard ist“. Den universellen und einzig richtigen Weg, sich zu integrieren, gebe es allerdings gar nicht.



„Integration heißt gleichberechtigte Teilhabe, damit jemand alle Chancen, die ein Land bietet, nutzen kann.“

Maria Böhmer, Integrationsbeauftragte

Das wollen die Parteien

Integrationspolitik

SPD

- Akzeptanz der doppelten Staatsbürgerschaft
- Kommunales Wahlrecht für alle nach fünfjährigem, legalem Aufenthalt
- Arbeit ohne Einschränkungen für Studierende aus dem Ausland, die hier ihren Hochschulabschluss gemacht haben

Bündnis 90/ Die Grünen

- Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Geburt, Akzeptanz der doppelten Staatsbürgerschaft
- Abschaffung, dass Flüchtlinge nur in den EU-Staaten aufgenommen werden können, in denen sie als Erstes angekommen sind
- Keine Abschiebung von Schutzsuchenden in Staaten, in denen sie Diskriminierung und soziales Elend erwartet

CDU/CSU

- Hochqualifizierte aus anderen Ländern in den Arbeitsmarkt integrieren
- Kein allgemeines kommunales Wahlrecht für Ausländer
- Keine doppelte Staatsbürgerschaft

Linke

- Flüchtlinge sollen wählen können, in welchem EU-Land sie einen Asylantrag stellen wollen
- Recht auf die doppelte Staatsbürgerschaft für alle in Deutschland geborenen Kinder mit ausländischen Eltern
- Wahlrecht für in Deutschland lebende Migranten

Piraten partei

- Keine Hierarchisierung von Fluchtgründen
- Zugang zu Bildung, Sprachkursen und Internet für Asylsuchende
- Unbefristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis für Menschen ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung
- Akzeptanz doppelter und mehrfacher Staatsangehörigkeit

FDP

- Asylbewerber sollen sofort bei rechtmäßigem Aufenthalt arbeiten dürfen
- Englisch als ergänzende Sprache in relevanten Bereichen der öffentlichen Verwaltung
- Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft
- Ausbildung deutschsprachiger Imame und muslimischer Religionslehrer

Quelle: Bundesinitiative U 18-Wahlen. Mehr Infos gibt es unter www.u18.org

Bundestagswahl

Programme im Fokus



In unserer „Wahlzeit!“-Serie stellen wir die Programme der Parteien vor. Das Spektrum des für Jugendliche aufbereiteten Projekts U 18-Wahlen reicht von Bildung bis zur Außenpolitik. Dabei greifen wir spezielle Themen heraus. Heute: Integration und Zuwanderung.

Mehr auf www.rheinzeitung/wahl-o-mat